Monatsspiegel

September 2013

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Jetzt gilt's: Gemeinsam den Wechsel erkämpfen!

Von Philipp Dees
Landtagskandidat

Liebe Genossinnen und Genossen,
nur noch wenige Wochen (fast kann man schon in Tagen zählen) sind es noch bis zu den Wahlen im September: Landtag und Bezirkstag am 15., Bundestag am 22. Jetzt gilt es, nochmal alle Kräfte zusammenzunehmen und gemeinsam zu streiten für den Wechsel im Bund, im Land und auch im Bezirkstag!

Bei meinen vielen Terminen, bei Hausbesuchen, Infoständen und vielem mehr erfahre ich: Die Menschen sind offen für unsere Ideen, fragen danach, was wir konkret tun wollen, um ihre Situation zu verbessern – egal, ob es dabei um die Mieten geht, die Situation auf dem Arbeitsmarkt, die Weiterentwicklung des Bildungssystems oder um ein anderes Thema. Die Menschen wollen, dass es wieder gerechter zugeht in diesem Land, und sie wissen, dass das nur mit einer starken SPD kommt. Diese Erfahrung mache nicht nur ich, sondern alle, die im Wahlkampf stehen, in Erlangen genauso wie in anderen Regionen nicht nur Bayerns, sondern auch Deutschlands.

Die Stimmung bei den Wählerinnen und Wählern ist viel besser, als wir selbst manchmal glauben. Lassen wir uns nicht einreden, die Wahlen seien längst zugunsten der Union entschieden. Vor allem: Reden wir uns das selbst nicht ein. Denn ganz im Gegenteil gilt: Es ist noch alles drin!

Wir haben die besseren Antworten auf die drängenden Fragen dieser Zeit: Wir wollen dem Anstieg der Mieten begegnen, wir wollen wieder Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herstellen, wir wollen ein gerechteres Steuer- und Sozialsystem. Dafür lohnt es sich zu streiten!

Es gilt aber auch: Wir können und werden die Wahlen nur gewinnen, wenn wir miteinander kämpfen. Peer Steinbrück und Christian Ude als Spitzenkandidaten, Martina Stamm-Fibich, Gisela Niclas und ich als Kandidatinnen und Kandidat vor Ort: Wir können den Wechsel nicht alleine erkämpfen. Wir brauchen euch!

Deshalb: Kommt zu unseren Veranstaltungen (eine Übersicht findet ihr auf Seite 3)! Meldet euch für die Infostände, für die noch anstehenden Verteilungen! Und vor allem: Sprecht mit euren Nachbarinnen und Nachbarn, mit Verwandten, Bekannten, Kolleginnen und Kollegen! Denn die meisten Menschen erreichen wir nicht über das Fernsehen oder die Zeitung, sondern im persönlichen Kontakt.

Liebe Genossinnen und Genossen,
lasst uns die letzten Tage bis zu den Wahlen gemeinsam kämpfen: Für ein gerechteres Deutschland, Bayern und Mittelfranken!

01.09.	19:30	Public Viewing „Kanzlerduell“	E-Werk	S. 3
10.09.	17:30	Sozialempfang	Rathaus	S. 4
11.09.	17:00	Wahlkundgebung in Nürnberg	Nürnberg, Kornmarkt	S. 3
17.09.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 21
17.09.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 20
18.09.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 24
25.09.	20:00	AK Frieden und Internationalismus	August-Bebel-Haus	S. 4
26.09.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Ort steht noch nicht fest	
01.10.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 20
08.10.	20:00	Distrikt Frauenaurach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaurach	S. 20
09.10.	19:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 20
16.10.		Distrikt Ost: Distriktsversammlung		S. 20

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Patrick Rösch
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:
Montag 14:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch 08.30 bis 10.30 Uhr
Donnerstag 14.00 bis 16.00 Uhr.
Dienstag und Freitag geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender: Dr. Florian Janik
Geschäftsführer: Gary Cunningham
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-218 1
E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten
Montag 10:00 bis 14.00 Uhr
Dienstag 10:00 bis 14:00 Uhr
Donnerstag 09:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch und Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, V.i.S.d.P., Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr), Christofer Zwanzig (cz), Gary Cunningham (gh)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Wolfgang Vogel (wv), Olaf Schreglmann (os)

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Endspurt im Wahlkampf

„Public Viewing“ des Kanzlerduells
Am 1. September treffen Peer Steinbrück und Angela Merkel beim „Kanzlerduell“ aufeinander. Wir wollen dieses zentrale Streitgespräch nicht alleine sehen, sondern gemeinsam mit euch und vielen Bürgerinnen und Bürgern. Daher laden wir euch ein, ab 19:30 Uhr ins E-Werk zu kommen.

Sozialempfang am 10. September
Mit einem Sozialempfang anlässlich des Geburtstages von Gisela Niclas wollen wir noch einmal das wichtige Thema „Zukunft der psychiatrischen Versorgung“ ansprechen. Eine ausführliche Einladung findet ihr auf Seite 4.

Abschlusskundgebung am 11. September in Nürnberg
Am 11. September kommen Christian Ude und Frank-Walter Steinmeier nach Nürnberg auf den Kornmarkt. Beginn ist um 17 Uhr, die Hauptreden starten um 18 Uhr.

Bei ausreichender Nachfrage wird es ab Erlangen einen Bus geben. Informationen dazu erhaltet ihr über buero@stamm-fibich.de

Infostände
Bis zur Wahl finden jeden Samstag Infostände in der Innenstadt statt (10 bis 14 Uhr), bis auf den 7. September (vor Peek&Cloppenburg) immer auf dem Hugenottenplatz. Wenn ihr helfen könnt, wendet euch an Sandra Radue (sandra.radue@gmx.de).

Am 7. September kommt zusätzlich ein roter Doppeldecker-Bus nach Erlangen, um insbesondere Martina Stamm-Fibich im Bundestagswahlkampf zu unterstützen. Stehen wird er von 13 bis 15 Uhr direkt vor der Hugenottenkirche.

Auch in vielen Distrikten finden vor den Wahlen Infostände statt. Wendet euch dazu bitte an eure Distriktsvorsitzenden.

Juso-Bus in Erlangen
Am 14. September kommt der Juso-Tourbus nach Erlangen und wird vor dem C&A stehen. Geboten wird den ganzen Tag über ein volles Programm, für das wir auch eure Unterstützung brauchen. Wendet euch an Munib Agha (munib_agha@hotmail.com) oder Katrin Hurle (katrin_hurle@web.de).

Nach den Wahlen ist vor der Wahl
Nach den Wahlen im September schnaufen wir nur kurz durch. Dann aber starten wir wieder mit voller Kraft in den Kommunalwahlkampf. Denn: Wir wollen eine sozialdemokratische Mehrheit auch in Erlangen und Dr. Florian Janik als neuen Oberbürgermeister!

Unter anderem werden wir im Herbst unsere erfolgreiche Reihe „JA. Erlangen gemeinsam gestalten“ fortsetzen. Die Termine dafür stehen bereits fest:

- Dienstag, 22. Oktober, 19 Uhr, Kultursaal im Museumswinkel; Thema: Ehrenamt
- Dienstag, 12. November, 19 Uhr, Café SchwarzStark, Henkestraße; Thema: Kreativität, Kultur, Stadtentwicklung
- Dienstag, 26. November, 19 Uhr; Thema: Stadtmarketing und Innenstadtentwicklung

„Diesmal hat Bayern eine Wahl“:

Christian Ude sprach in Eckental

(pd) Über 200 Menschen hat Christian Ude bei seinem Wahlkampauftritt in Eckental begeistert. Nach einer Tour durch den Landkreis sprach er Mitte August in der dortigen Mehrzweckhalle, die gut gefüllt war.

Christian Ude gelang es dabei, nicht nur die anwesenden SPD-Mitglieder, sondern auch auch viele „Unentschlossene“ zu begeistern. Selbst einige CSU-ler, die aus Interesse gekommen waren nickten im Verlauf der Rede immer häufiger zustimmend.

Ude machte deutlich, warum in Bayern eine andere Mehrheit notwendig sei: So klaffe die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern immer weiter auseinander. In den Boom-Regionen wie Erlangen und Erlangen-Höchstadt stiegen die Mieten stark an, viele könnten sich Wohnen nicht mehr leisten. Und auf dem Arbeitsmarkt müsse dringend Recht und Ordnung wiederhergestellt werden.

Diese Themen, versprach Ude, werde eine von ihm geführte Landesregierung endlich angehen. Nach 56 Jahren sei es höchste Zeit, die CSU an der Regierung abzulösen – ein Satz, der den starken Beifall der Anwesenden erhielt.

Arbeitskreis „Frieden und Internationalismus“

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 25. September, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Themen:
- Aktuelles
- Fertigstellung des Rüstungsexport-Antrags für die KMV im Oktober

Wir laden alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht, herzlich ein, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren oder auch nur erstmal zuzuhören, je nach Gusto

Helmut Pfister

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Oktober 2013
27. September 2013

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im September Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

01.09 Harald Krebs
72 Jahre

03.09 Wolfgang Schwerna
72 Jahre

04.09 Martin Strickroth
83 Jahre

05.09 Manfred Preuß
76 Jahre

14.09 Kurt Steinmüller
79 Jahre

15.09 Hartmut Wiechert
73 Jahre

18.09 Axel Röhrborn
74 Jahre

18.09 Walter Krumpholz
73 Jahre

20.09 Steffen Lanig
70 Jahre

21.09 Rudolf Schwarzenbach
76 Jahre

23.09 Joachim Jaeger
70 Jahre

24.09 Karlheinz Eger
80 Jahre

26.09 Manfred Felten
73 Jahre

SPD Fraktion im Stadtrat Erlangen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

am 21. Juli feierte Gisela Niclas, ehemalige Bürgermeisterin und Sozialreferentin der Stadt Erlangen, langjährige Vorsitzende der Stadtratsfraktion, Bezirksrätin seit 2008 und stellvertretende Vorsitzende der Bezirkstagsfraktion ihren 65. Geburtstag.

Aus diesem Anlass laden wir herzlich ein zum Sozialempfang.

Dr. Florian Janik
Vorsitzender
SPD-Fraktion
im Stadtrat
Erlangen

Fritz Körber
Vorsitzender
SPD-Fraktion
im Bezirkstag
Mittelfranken

Einladung zum Sozialempfang

Ohne Angst verschieden sein

Dienstag, 10. September 2013

Empfang ab 17. 30 Uhr
Programm ab 18.00 Uhr

Rathaus der Stadt Erlangen
Foyer im 1. Obergeschoss

Programm

Begrüßung:

Dr. Florian Janik
Vorsitzender
SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

Fritz Körber
Vorsitzender
SPD-Bezirkstagsfraktion

Festrede:

Dr. Hans-Ludwig Siemen
Psychotherapeut
Mitbegründer der Wabe Erlangen

„Ohne Angst verschieden sein:
Von der psychiatrischen Anstalt
zur Inklusion“

Abschluss und Dank:

Gisela Niclas
Stadträtin und Bezirksrätin

Musikalische Gestaltung:

Musikwerkstatt Erlangen

Im Anschluss laden wir ein zu Begegnung und Gespräch mit Sekt und Imbiss.

SPD Fraktion
im Bezirkstag
Mittelfranken

„So gelingt die Energiewende“

(pd) Erneut über 100 Besucherinnen und Besucher kamen zum vierten Teil der Veranstaltungsreihe „JA. Erlangen gemeinsam gestalten“, zu der SPD-Oberbürgermeisterkandidat Dr. Florian Janik einlädt. Im Mittelpunkt stand dabei diesmal die Energiewende. Der Vorstandsvorsitzende der Erlanger Stadtwerke, Wolfgang Geus, leitete die Diskussion mit einem Impulsvortrag ein, anschließend diskutierten neben Dr. Florian Janik und Wolfang Geus noch Philipp Dees, Landtagskandidat und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FAU, Jürgen Pillip, Obermeister der Innung Sanitär- und Heizungstechnik und Peter Weierich, Vorstand der Bürgergenossenschaft EnergieWende Erlangen und Erlangen-Höchstadt.

Wolfgang Geus stellte in seinem Vortrag die Herausforderungen durch die Energiewende dar. So müsse die schwankende Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen und die ebenfalls schwankende Nachfrage ausgeglichen werden. Dafür seien in großem Umfang Speichertechnologien erforderlich. Nach Ansicht von Geus bietet hier die sogenannte „Power-to-gas“-Technologie, bei der aus überschüssigem Strom Methangas gewonnen und über das Gasnetz transportiert wird, das bei weitem höchste Potential. Auch könne damit der Ausbau von Stromleitungen zwischen Nord- und Süddeutschland erheblich reduziert werden, weil das bestehende Gasnetz zum Transport genutzt werden könne.

Philipp Dees stellte in der anschließenden Diskussion heraus, dass für das Gelingen der Energiewende mehr Steuerung durch die Politik notwendig sei. So müsse es der Stadt ermöglicht werden, die Stadtwerke bei der Finanzierung der notwendigen Investitionen zu unterstützen. Auch müssten unter anderem durch eine Wiederbelebung des CO2-Emissionshandels sichergestellt werden, dass bei den anstehenden Neuinvestitionen in Kraftwerke Gaskraftwerke entstünden, die für die Herausforderungen der Energiewende gerüstet sein.

Jürgen Pillip wies auf einen weiteren wichtigen Aspekt der Energiewende hin, die Steigerung der Energieeffizienz. Hier könne durch moderne technische Lösungen erheblich Energie eingespart werden. Peter Weierich betonte die Rolle der Genossenschaften bei der Energiewende. Durch sie würden die Bürgerinnen und Bürger einbezogen, womit vorhandene Widerstände überwunden und zusätzliche Finanzmittel erschlossen werden könnten. Auch würden die Energiegenossenschaften neben den Stadtwerken einen wichtigen Beitrag leisten, um die Energieerzeugung künftig dezentral zu gewährleisten und damit die Vormachtstellung großer Konzerne auf dem Energiemarkt zu durchbrechen.

Dr. Florian Janik betonte in seinem Schlusswort nach einer angeregten Diskussion auch mit dem Publikum seine Entschlossenheit, die Energiewende für Erlangen zu gestalten. Die Stadt darf ihre Stadtwerke mit dieser Herkulesaufgabe nicht allein lassen. Wichtige Aufgabenfelder der Stadt sind die Unterstützung bei energetischer Sanierung im Gebäudebestand, Vermittlung und Unterstützung beim Ausbau der Nahwärme durch Block-Heizkraftwerke sowie die Beratung der Bürgerinnen und Bürger. Er werde sich als Oberbürgermeister nachdrücklich für die notwendigen Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene einsetzen und die Möglichkeiten, die die Stadt bei der Umsetzung haben, vollständig nutzen.

„Inklusion fängt im Kopf an, benötigt Öffentlichkeit und gesicherte Finanzmittel!“

Dr. Florian Janik im Gespräch mit kompetenten Fachleuten aus der Praxis der Inklusionsarbeit und der Politik

(pr) Am 29. Juli fand im Mehrzweckbereich des E-Werks die letzte Veranstaltung aus der Reihe „Ja. Erlangen gemeinsam gestalten“ vor der Sommerpause statt. Der Oberbürgermeisterkandidat der Erlanger SPD, Dr. Florian Janik, lud dieses Mal zum Thema Inklusion ein und diskutierte, gemeinsam mit einem renommierten Podium, die verschiedenen Facetten und Probleme dieses Themas.

Impulsreferentin Ulrike Mascher, Präsidentin des VdK Deutschland und Vorsitzende des VdK Bayern, erinnerte daran, dass Deutschland im Jahr 2008 die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert hat und damit Menschen mit Behinderung als vollwertige Bürger und Teile der Gesellschaft in das vorhandene System einzubeziehen hat. Dabei wurde jedoch die aktuelle Bundesregierung ihrem eigenen Koalitionsvertrag von 2009 in der Umsetzung nicht gerecht und auch das Bundesland Bayern gehört in Sachen Inklusion zu den rückständigsten Bundesländern in Deutschland.

Karl-Hein Miederer, der Ge-

Prof. Sabine Engel, Gisela Niclas, Ursula Kosmalla, Dr. Florian Janik, Ulrike Mascher und Karl-Heinz Miederer (von links)

schäftsführer von Access gGmbH, unterstrich Maschers Aussagen und ergänzte, dass Inklusion heißt, dass die Menschen sich darauf besinnen müssen, was sie zum gemeinsamen Zusammenleben brauchen, ohne dass dabei Neid entsteht oder eine bestimmte Gruppe von Menschen ausgegrenzt wird. Barrierefreiheit heißt für Miederer nicht nur, dass ausreichend Wohnfläche für Menschen mit Behinderung barrierefrei existiert, sondern dass alle Wohnungen diesen Anspruch haben, so dass Menschen mit Behinderung sich völlig frei bewegen können, wohin sie wollen. „Ich will auch meine Freunde ohne Behinderungen in barrierefreien Wohnungen besuchen können!“, so unterstrich Miederer, der selbst im Rollstuhl sitzt und auf Assistenz angewiesen ist, seinen begründeten Anspruch.

Auf die Frage nach der Aufgabe der Landespolitik wählte SPD-Landtagskandidat Philipp Dees die Schulpolitik als Beispiel und betonte dabei, dass das bayerische Schulsystem möglichst homogene Gruppen erschaffen will. Dies bewirkt jedoch nur das Gegenteil von Inklusion. Daher müssen sich, so Dees, die Schulen ändern und auch das nötige Geld muss dafür vom Freistaat gewährleistet sein.

Die mittelfränkische SPD-Bezirksrätin Gisela Niclas erläuterte die politischen Schwierigkeiten auf der Bezirksebene. Aufgrund einiger Kürzungen durch die CSU-/FWG-Mehrheiten im Bezirkstag wurden für soziale Einrichtungen, wie die Wabe oder die Lebenshilfe, Finanzen gekürzt, so dass weniger Mittel für Gehälter und Sachkosten zur Verfügung stehen. Niclas fügte hinzu, dass es viel wichtiger sei, für solche Einrichtungen Hilfestellungen und Anreize zu schaffen, anstatt die Mittel für diese zu kürzen.

Ursula Kosmalla, Geschäftsführerin der Wabe gGmbH, und Prof. Dr. Sabine Engel, Vorsitzende des Vereins Dreycedern, gaben wesentliche Einblicke in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und betonten erfolgreiche Pilotprojekte, wie etwa das Begegnungszentrum Wabene.

„Inklusion ist insgesamt von zwei Stellschrauben abhängig“, so Florian Janik. „Zum einen braucht sie ausreichend Finanzmittel, was nur durch eine sozial gerechtere Steuer- und Einnahmepolitik zu lösen ist, die die öffentliche Hand auch in die Lage versetzt, wesentliche Aufgaben anzupacken. Parallel dazu muss aber zweitens auch ein gesellschaftliches Bewusstsein herrschen, dass Inklusion eine jede und einen jeden in der Gesellschaft angeht. Öffentliche Veranstaltungen, barrierefrei zugänglich, so dass nicht über sondern mit Menschen mit Behinderungen gesprochen wird, können und müssen dazu beitragen.“ Janik schloss mit der Feststellung, dass es dabei nicht um Veranstaltungen zum Thema „Inklusion“ geht, sondern dass es viel wichtiger sei, die Inklusionsaufgabe in jeder thematischen Veranstaltung mitzudenken.

So hat auch die SPD an diesem Abend einiges gelernt!

SPD Mittelfranken und SPD Erlangen verliehen zum 7. Mal den Karl-Heinz-Hiersemann-Preis

(os) In einer Feierstunde hat die SPD fünf Preisträger mit dem Karl Heinz Hiersemann Preis ausgezeichnet. SPD-Vorsitzende Christa Naaß: „Mit diesem Preis, der auf Anregung des ehemaligen Landtagskollegen und ehemaligen Vorsitzenden der SPD Erlangen Wolfgang Vogel zurückzuführen ist, wollen wir auch im Jahr 20013 wieder die Arbeit von Kindern, Jugendlichen, Jugendgruppen, Schülerinnen und Schüler aus Mittelfranken würdigen, die sich besonders für eine friedliche Verständigung zwischen den Völkern, für eine lebendige Demokratie, gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit sowie Antisemitismus eingesetzt haben und deren Handeln von Zivilcourage und Toleranz geprägt ist“. Dieser Preis, der vor 14 Jahren erstmals verliehen wurde, ist benannt nach den am 15. Juli 1998 verstorbenen Karl-Heinz Hiersemann, dem ehemaligen Vorsitzenden des SPD-Bezirks Franken und Vizepräsident des Bayerischen Landtages.

Vertreterinnen der AG Medizin und Menschenrechte, die den Sonderpreis der Erlanger SPD erhielt mit Christa Naaß, Philipp Dees und Dieter Rosner

Der mit insgesamt 1500 Euro dotierte Preis ging in diesem Jahr gleich an fünf Organisationen, die sich in vorbildlicher Weise in Mittelfranken mutig und kreativ mit dem Thema auseinandergesetzt haben. So wurden das Paul-Pfinzing-Gymnasium Hersbruck, die Mittelschule in Fürth sowie das Jugendzentrum Weißenburg mit je 350 Euro bedacht. An den Jugendchor Wilhermsdorf ging der Sonderpreis der mittelfränkischen SPD mit 200 Euro und das Flüchtlingsprojekt „Initiative Medizin und Menschenrechte“ erhielt den Sonderpreis der SPD Erlangen in Höhe von 250 Euro.

Die Laudatio hielt der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier. Mit Blick auf die NSU-Mordserie forderte er ein Verbot der NPD. Er dankte den Kindern und Jugendlichen für ihr Engagement gegen Rechts. Dies seien wichtige Beiträge für die Demokratie, die hoffentlich viele Nachahmer in der Gesellschaft finden würden.

„Kulturpolitik ist mehr als einzelne Musentempel vor dem Verfall zu schützen!“

Besuch im Markgrafentheater und kulturpolitische Diskussion: SPD-Spitzenkandidat Christian Ude in Erlangen

(pr/wv) Zu einem gut besuchten Kulturgespräch konnte Florian Janik, SPD-Fraktionsvorsitzender und OB-Kandidat, den Münchener Oberbürgermeister und Landtagsspitzenkandidaten Christian Ude begrüßen.

Ude hat zu Beginn seines Erlangen-Besuches unter der kundigen Leitung der Theaterleiterin Katja Ott unter anderem gemeinsam mit Landtagskandidat Philipp Dees das Markgrafentheater, das älteste bespielte Barocktheater Süddeutschlands, besichtigt und war sichtlich beeindruckt von dieser schönen Spielstätte. Doch auch das Garagentheater und das Theater-Café haben ihn interessiert, während er mit Kulturreferent Dieter Rossmeissl und der Erlanger Intendantin die Finanzprobleme der nichtstaatlichen Theater erörtern konnte. Zwei eindrucksvolle Zahlen, präsentiert von Rossmeissl, die zeigen, wie der Freistaat diese Theater vernachlässigt: Während alle nichtstaatlichen Theater in Bayern mit etwa 44 Millionen Euro im Jahr gefördert werden, beträgt schon allein der Staatsetat für die Bayerische Staatsoper knapp 60 Millionen Euro.

Diese Diskrepanz in der Verteilung der staatlichen Kulturförderung war auch immer wieder Thema in dem sich anschließenden Kulturgespräch, das Dieter Rossmeissl moderierte. Ude fasste seine Kritik knapp zusammen: „Die CSU-FDP-Regierung im Freistaat orientiert sich viel zu sehr an der Bewahrung des kulturellen Erbes, konzentriert die Mittelvergabe auf zentrale Musentempel und einzelne Leuchttürme und vernachlässigt dabei die kulturelle Förderung in der regionalen und inhaltlichen Breite.“ Florian Janik ergänzte in diesem Zusammenhang die Bedeutung einer kulturellen Breitenarbeit für die Entwicklung kreativer Pole, aber auch für die Entwicklung individueller Lebensentwürfe. Und damit habe Kultur immer auch etwas zutiefst Demokratisch-Emanzipatorisches, das nur durch breite Beteiligung entstehen kann.

Kulturfonds nicht ausreichend und zum Teil mit absurden Beschränkungen

Auf Rossmeissls Frage, ob denn nicht der Kulturfonds Bayern eben dies leisten könne, bestätigten Ude und Janik die Bedeutung dieses Finanzierungsinstruments, wiesen aber auch auf seine – zum Teil absurden – Grenzen hin. So verhindert zum Beispiel das so genannte „Wiederholungsverbot“ eine mittelfristige und mehrjährige Anschubfinanzierung vorbildlicher Projekte, wie z.B. der europaweit beachteten Erlanger Festivals (Figurentheater, Comic-Salon und Poetenfest), die dann immer wieder um eine ausreichende Finanzierung durch die Kommunen kämpfen müssten.

In Udes Regierungsprogramm findet sich somit auch eine Idee seines designierten Kulturministers Julian Nida-Rümelin wieder, der eine Bayerische Kulturstiftung einrichten will. Damit würde man in transparenter Weise gegenwartsbezogene Kulturprojekte im gesamten Land (auch mehrjährig) unterstützen können, wobei ein paritätisch besetzter Gutachter-Ausschuss (50 Prozent Kultur, 50 Prozent Politik) gleichzeitig die Staatsferne, aber auch die Einbindung der politischen Entscheidungsträger gewährleisten solle.

Kultur und „Re-Demokratisisierung der Gesellschaft“

In der sich anschließenden Diskussion mit dem Publikum standen neben lokalen Erlanger Problemen vor allem zwei Themenkreise im Mittelpunkt: Wie kann es gelingen, wieder mehr junge Leute für die Kultur zu interessieren? Und: Hat Kultur nicht auch einen wesentlichen Beitrag zur Festigung unsere Demokratie im Kampf gegen rechts zu leisten, müssen entsprechende Initiativen nicht auch durch den Staat gefördert werden?

Florian Janik ist es gelungen, zum Ende der Veranstaltung diese beiden Anforderungen miteinander zu verknüpfen, indem er eine Kultur der gesellschaftlichen „Re-Demokratisierung“ forderte, die die breite Beteiligung aller sicherstellt. Deshalb könne es nach Janik nicht darum gehen, Kunst und Kultur zu instrumentalisieren; der Staat müsse vielmehr durch Finanzierung und (geistige und örtliche) Freiräume kulturelle Entfaltung ermöglichen, die die Menschen mit ihren Wünschen, Sehnsüchten, Problemen und Lebensentwürfen widerspiegeln. Eine sich so entwickelnde Kultur werde auch wieder auf das Interesse selbstbewusster Menschen stoßen und die Gesellschaft stärken gegen demokratiefeindliche, autoritäre, menschenverachtende Ideologien.

Auf dem rechten Auge blind?

Franz Schindler sprach zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in Bayern

(pd) War Bayern angesichts der über mehr als ein Jahrzehnt nicht aufgedeckten Mordserie des „NSU“ auf dem rechten Auge blind? Nein, war die knappe Antwort von Franz Schindler, des Vorsitzenden des NSU-Untersuchungsausschusses des bayerischen Landtags. Von Blindheit könne man angesichts des umfangreichen gesammelten Materials bayerischer Behörden zum Rechtsextremismus nicht sprechen. Sehr wohl aber sei man offenkundig nicht in der Lage gewesen, dass gesammelte Material richtig zu interpretieren. Die Gefährlichkeit des Rechtsextremismus habe man nicht erkannt – oder nicht erkennen wollen –, die Existenz eines Rechtsterrorismus noch 2011 kurz vor der Selbstenttarnung der „NSU“ verneint.

Schindler referierte auf Einladung des Erlanger SPD-Landtagskandidaten Philipp Dees zu den Erkenntnissen des NSU-Untersuchungsausschusses und den daraus abzuleitenden Veränderungen beim Kampf gegen Rechtsextremismus. Er stellte dabei insbesondere das weitgehende Versagen des Verfassungsschutzes heraus: Neben der bereits ausgeführten Unterschätzung des Rechtsextremismus ging er dabei vor allem auf die Rolle der V-Leute ein: Eigentlich dafür gedacht, Erkenntnisse aus der Szene zu berichten, hätten viele der V-Leute versucht, eine führende Rolle in der Szene wahrzunehmen. Teilweise seien mit den Geldern des Verfassungsschutzes erst rechtsextreme Strukturen aufgebaut worden. Durch die Vielzahl von V-Leuten unterschiedlicher Geheimdienste seien diese teilweise damit beschäftigt gewesen, jeweils über das Verhalten anderer V-Leute an den Verfassungsschutz zu berichten. Erkenntnisse über rechtsextreme Strukturen, gar über die Entwicklung hin zu Gewalt und Terrorismus, hätten die V-Leute dagegen kaum beigetragen.

Ein weiteres Versagen machte Schindler bei der Polizei aus: Dort habe man Rechtsextremismus als Tatmotiv kaum in Erwägung gezogen, im Gegenteil: Entsprechende Ansätze zum Beispiel einer Fallanalyse habe man ausdrücklich zurückgewiesen; Aufträge zum Beispiel des damaligen Innenministers Beckstein, auch ein rechtsextremes Motiv zu prüfen, seien allenfalls halbherzig verfolgt worden. Während das Umfeld der Ermordeten, insbesondere die Familien, intensiv untersucht worden seien, habe man Zusammenhänge wie zum Beispiel den zwischen den Morden und dem Bombenanschlag in der Kölner Keupstraße nicht untersucht – obwohl es Hinweise von Zeugen auf entsprechende Zusammenhänge gegeben habe, bis hin zur Aussage, dass sich die Täter stark ähnelten. Und auch zwischen Polizei und Verfassungsschutz habe es keine Kooperation gegeben, teilweise hätte die Polizei monatelang auf angefordertes Material vom Verfassungsschutz warten müssen und dieses dann nur unvollständig erhalten.

Schindler forderte als Konsequenz aus dem Versagen der Sicherheitsbehörden insbesondere eine grundlegende Reform des Verfassungsschutzes. Dieser müsse auf die Beobachtung des Rechtsextremismus ausgerichtet werden und sich dabei für die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Organisationen öffnen, die oft besser über die rechtsextreme Szene informiert seien als der Verfassungsschutz selbst. Gleichzeitig müsse die Arbeit mit V-Leuten eingestellt werden, da sie sich als wenig hilfreich, wenn nicht sogar als kontraproduktiv erwiesen hätten. Künftig müsse der Verfassungsschutz außerdem wissenschaftlich begleitet werden.

Für die Polizei forderte Schindler eine höhere Sensibilisierung für die Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgehe. Außerdem müsse die Zusammenarbeit zwischen Polizei und einem neu aufgestellten Verfassungsschutz verbessert werden.

In der anschließenden Diskussion wurden Schindlers Thesen weitgehend unterstützt. Wiederholt wurde auch darauf hingewiesen, dass rechtsterroristische Aktivitäten seit Jahrzehnten bekannt seien, aber wie beim Oktoberfest-Attentat oder dem Mord an Shlomo Lewin und Frida Poeschke in Erlangen immer als Taten von „Einzeltätern“ eingestuft worden. Die Zusammenhänge und die Szene, in der sich die terroristischen Aktivitäten entwickelten, seien nie beleuchtet und dadurch unterschätzt worden.

Philipp Dees betonte, wie wichtig neben der Neuaufstellung der Behörden auch der Kampf der Gesellschaft gegen Rechtsextremismus sei. Nur so könne es gelingen, den Rechtsextremismus dauerhaft an den Rand zu drängen und ihm damit auch den Boden für Gewalttaten oder terroristische Aktivitäten zu entziehen.

Augen zu und durch? Wie weiter mit dem G8?

(pd) Nur eine überschaubare Zahl von Gästen kam zur Diskussion „Augen zu und durch“, bei der auf Einladung des SPD-Landtagskandidaten Philipp Dees über das achtstufige Gymnasium diskutiert wurde. Diese Gäste aber erlebten eine hochspannende Diskussion über die weitere Entwicklung der Schule.

Referent Rupert Appeltshauser, der als Gymnasiallehrer selbst die Einführung des G8 erlebt hat, stellte dessen Probleme und Irrwege eindrucksvoll vor. Dabei wies er zunächst darauf hin, dass eigentlich vieles gegen eine Verkürzung der Schulzeit spreche: Die Anforderungen an die Ausbildung junger Menschen stiegen an, die Vermittlung von mehr Sprechfertigkeit in modernen Fremdsprachen erfordere genauso mehr Zeit für die Schule wie die komplexer gewordene Medienlandschaft oder die größer geworden sozialen Unterschiede in der Schülerschaft, die die Schule eigentlich ausgleichen müsse. Dies alles habe die überhastete Einführung des achtstufigen Gymnasiums ignoriert.

Die neuen Lehrpläne hätten an diesen Problemen nichts ändern können. Sie seien zwar geprägt vom Willen, die Neugestaltung auch zu modernen pädagogischen und didaktischen Ansätzen zu nutzen. Um diese aber tatsächlich umsetzen zu können, fehle am verkürzten Gymnasium die Zeit – eine Be-

obachtung, die in der anschließenden Diskussion von anwesenden Gymnasiallehrern bestätigt wurde.

Die Folge der überhasteten Reform sei eine höhere Belastung der Schülerinnen und Schüler, die bei vielen zur Überforderung führen würde. Die Abiturnoten zeigten dies beispielhaft: Zwar gebe es immer noch viele Abiturienten, die gut abschnitten; die Zahl der Durchfaller oder derjenigen, die mündliche Zusatzprüfungen absolvieren müssten, sei aber deutlich gestiegen. Auch die zunehmende Zahl von psychischen Erkrankungen bei Schülerinnen und Schülern sei ein Alarmsignal.

Appeltshauser forderte ein anderes Bildungsverständnis ein: Man dürfe sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientieren, denen auch das G8 zu verdanken sei. Stattdessen müsse man sich wieder am Humboldtschen Ideal einer umfassenden Bildung orientieren, zu der auch deren Zweckfreiheit gehöre.

Rupert Appeltshauser (rechts) mit Philipp Dees

Philipp Dees erläuterte in der Diskussion, man könne nach der verunglückten Einführung des G8 nun nicht einfach mit einer erneuten Reform „im Schnellschuss“ das Gymnasium verändern. Stattdessen sei es notwendig, einen Dialog mit allen Beteiligten über die Anforderungen an das Gymnasium zu führen und dann zu entscheiden, wie es ausgestaltet sein solle. Dabei dürfe auch eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium kein Tabu sein.

Kultur trifft Politik: Die SPD feierte Geburtstag

(pd) Mit einem gut besuchten Festakt im Erlanger Redoutensaal hat die SPD eine Woche nach dem „Deutschlandfest“ auch in Erlangen ihren 150. Geburtstag offiziell gefeiert. Dabei gab es keine langatmigen Festreden, sondern ein abwechslungsreiches Kulturprogramm „im Dialog“ mit der Vorstellung der Geschichte der SPD.

Für die Musik sorgte dabei Thomas Fink gemeinsam mit Carola Grey und Rainer Glas, die das Publikum unter anderem mit jazzigen Versionen traditioneller Arbeiterlieder begeisterten. Nora Gomringer, Lyrikerin und Performancekünstlerin, präsentierte eine auf das Jubiläum abgestimmte Auswahl von Gedichten und Texte von Bertold Brecht bis hin zu Kurt Tucholsky. Die Erlanger Kandidatinnen und Kandidaten für die anstehenden Wahlen präsentierten dazwischen in kurzen und kurzweiligen Blöcken die 150 Jahre Geschichte der SPD: Die Erfolge, die die Partei seit ihrer Gründung feiern konnte genauso wie die Irrtümer und Fehler, die es auch gab und die existenziellen Krisen, die die Sozialdemokratie durchleiden musste – beispielsweise in der Verfolgung unter den Nationalsozialisten.

Das Fazit war dabei klar: „Die SPD steht bei allen Irrungen und Wirrungen ihrer Geschichte seit 150 Jahren dafür, die Gesellschaft gerechter zu machen. So wollen wir auch die nächsten 150 Jahre angehen – und im September damit beginnen: Mit sozialdemokratischen Mehrheiten in Bund, Land und Bezirk und auch vor Ort in Stadt und Landkreis.“

Nora Gomringer präsentierte Texte und Gedichte

Thomas Fink (am Flügel), Rainer Glas und Carola Grey begeisterten mit ihrer Musik

60plus: Besuch einer altengerechten Wohnung

Von Silke Zieten

Statt Treffen am Runden Tisch stand jüngst eine Wohnungsbesichtigung an. „Wohnen im Alter“, ein aktuelles und viel diskutiertes Thema, war auch unser Anliegen. Denn wer ab 60, 70 oder 80 feststellt, die altvertraute Wohnung ist zu groß und zu teuer geworden, hat draußen zu viele Treppen und drinnen etliche Stolperfallen und Hindernisse. Wer aber noch zu fit und selbständig ist fürs Heim, die Seniorenresidenz oder das betreute Wohnen, der braucht eine neue Variante, die es vereinzelt schon gibt. Architekten und Bauträger haben hier ein neues Betätigungsfeld entdeckt, gefordert von Sozialverbänden, noch nicht ausreichend gefördert von Städten, Land und Bund. Gemeint ist die kleine, bezahlbare, barrierefreie senioren- und behindertengerechte Wohnung, in der, wenn nötig, auch ambulante Pflege mög1ich ist.

Blick in das barrierefreie Badezimmer

Wir, zwei Männer, zwei Frauen von 60plus dazu der interessierte Juso-Vorsitzende wollten wissen: Wie sieht sie aus, diese Spezialwohnung? Auf den ersten Blick: Normal. Das Haus, von der GeWoBau errichtet, steht eher unauffällig in der Häuserzeile der Röthelheim-Allee. Auf das Klingelzeichen öffnet sich automatisch die breite Eingangstüre.

Drinnen werden wir bereits erwartet von der 81-jährigen, durch eine frühe Polio-Erkrankung leicht behinderten Bewohnerin einer Parterre-Wohnung. Putzmunter und mit einigem Stolz führt sie uns durch ihr helles freundliches 47m^2-Reich(zu 410 Euro Warmmiete) und weist auf alle Besonderheiten hin.

Im Bad, besser Nasszelle, fällt die geräumige, offene und ebenerdige Dusche auf. Das Handwaschbecken ist etwas tiefer als gewöhnlich gehängt. Ebenso wie überall in der Wohnung die Türklinken und Lichtschalter auch unter Normalhöhe angebracht sind, damit sie leicht auch vom Rollstuhl aus benutzt werden können.

Mühelos zu begehen wie zu befahren, weil ohne die geringste Schwelle durchgängig von Raum zu Raum verlegt ist der pflegeleichte Fußboden. Selbstverständlich breit genug für Rollator&Co sind die Türen, wenngleich sie durch Farbtricks schmaler erscheinen.

Im kleinen Schlafraum wacht ein Bewegungsmelder, der nicht nur als automatisches Nachtlicht dient, sondern auch einer Notrufstelle meldet, wenn er keine Bewegung wahrnimmt. Überall an der Decke sind die heute erforderlichen Rauchmelder in Bereitschaft.

Viel Licht bringen die auffallend großen Fensterfronten in Schlaf- und Wohnzimmer. Von beiden Räumen aus zu betreten sind die kleine Terrasse und der Minigarten. Schade, dass davor Autos parken, ankommen und wegfahren!

Im Wohn-/Esszimmer befindet sich eine Küchenzeile. Der clevere Elektroherd schaltet sich selbst aus, falls es die Köchin mal vergessen hat. Wer noch in größeren Kochdimensionen denkt, vermisst vielleicht mehr Kochplatten und Arbeitsflächen.

Zum Schluss der Clou: In einer winzigen Nische der kleinen Diele stehen 2 Nähmaschinen. Hier wurde der Abstellraum einfallsreich zum „Kleinstatelier“ geadelt, in der die Schneidermeisterin noch immer aktiv ist.

Wir sind beeindruckt, verstehen, dass unsere „Gastgeberin“ sich hier wohlfühlt, dass sie glücklich und dankbar ist, diese besondere und begehrte Wohnung bekommen zu haben. Denn die Infrastruktur stimmt. Die Wege zum Einkaufen, zum Arzt, in die Apotheke sind nicht weit.

Zuletzt erfahren wir, dass a1le Wohnungen im Haus dieselbe Ausstattung haben, dass größere Wohnungen durch Zusammenlegung kleiner entstehen können, dass die oberen Stockwerke selbstverständlich per Aufzug erreichbar sind und dass sie statt Garten schöne Balkone haben.

Wenig verwunderlich, dass sich hier neben Senioren und Behinderten auch Singles und kleine Familien eingemietet haben. Wissen doch auch Eltern von Kleinkindern sowie Mütter mit Babys nicht nur den Aufzug für Kinderwagen und schwere Einkaufstaschen sondern etliche der weiteren Vorzüge und Erleichterungen zu schätzen. Vielleicht sollten bei dem derzeitigen generellen Wohnungsmangel mehr dieser Seniorenwohnungen gebaut und angeboten werden, dann werden größere Wohnungen heutiger Senioren dem Markt zur Verfügung stehen.

Breite Türen sorgen dafür, dass auch Menschen mit Rollatoren oder Rollstühlen bequem in alle Zimmer kommen

Informationsdienst der SPD-Stadtratsfraktion Erlangen

RATHAUS TELEGRAMM

Seite 2
„Offen aus Tradition“
SPD-Fraktion fordert konkrete Hilfe für Flüchtlinge in Erlangen

Seite 3
Werbeanlagensatzung
SPD: Verwaltung muss mit allen Beteiligten eine tragbare Lösung finden

Christian Ude zu Gast in Erlangen

Spitzenkandidat der SPD: Kultur regional stärker fördern

Zu einem gut besuchten Kulturgespräch im Foyer des Erlanger Redoutensaals konnte Florian Janik, SPD-Fraktionsvorsitzender und OB-Kandidat, den Münchener Oberbürgermeister und Landtagsspitzenkandidaten Christian Ude begrüßen.

Ude besichtigte zuvor zusammen mit Theaterleiterin Katja Ott das Markgrafentheater und war sichtlich beeindruckt. Während des Rundgangs erläuterten Kulturreferent Dieter Rossmeissl und Intendantin Ott die Finanzprobleme der nichtstaatlichen Theater. Zwei Zahlen zeigen, wie der Freistaat diese Theater vernachlässigt: Während alle nichtstaatlichen Theater in Bayern mit ca. 44 Millionen Euro im Jahr gefördert werden, beträgt allein der Staatsetat für die Bayerische Staatsoper 60 Millionen Euro.

Diese Diskrepanz in der Verteilung der staatlichen Kulturförderung ist Ude ein Dorn im Auge. Er fasste seine Kritik im anschließenden Kulturgespräch knapp zusammen: „Die CSU-FDP-Regierung im Freistaat konzentriert die Mittelvergabe auf zentrale Musentempel und einzelne Leuchttürme", so Ude. Dabei vernachlässige sie die „kulturelle Förderung in der regionalen und inhaltlichen Breite."

Florian Janik ergänzte die Bedeutung einer kulturellen Breitenarbeit für die Entwicklung kreativer Pole, aber auch für die Entwicklung individueller Lebensentwürfe. Damit habe Kultur immer auch etwas zutiefst Demokratisch-Emanzipatorisches, das nur durch breite Beteiligung entstehen könne.

In der Diskussion mit dem Publikum standen zwei Themen im Mittelpunkt: Wie kann es gelingen, wieder mehr junge Leute für Kultur zu interessieren? Und: Hat Kultur nicht auch einen wesentlichen Beitrag im Kampf gegen rechts zu leisten, müssen entsprechende Initiativen nicht auch durch den Staat gefördert werden?

Für Janik gehört beides zusammen. „Der Staat muss durch Finanzierung und geistige und örtliche Freiräume kulturelle Entfaltung ermöglichen, die die Menschen mit ihren Wünschen, Sehnsüchten, Problemen und Lebensentwürfen widerspiegeln. Eine sich so entwickelnde Kultur wird auch wieder auf das Interesse selbstbewusster Menschen stoßen und die Gesellschaft stärken gegen demokratiefeindliche, autoritäre, menschenverachtende Ideologien", so der 33-Jährige.

Am 15. September ist Zeit für den ersten Schritt in diese Richtung: Dann ist Landtagswahl. ■

Liebe Leserinnen und Leser,
die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen wünscht
Ihnen und Euch schöne und erholsame Sommerwochen.

Erlangen SPD

Bäder: Jetzt müssen Taten folgen

Sanierung und Neubau im Westen müssen schnell beginnen

In der letzten Stadtratssitzung ging es erneut um die Erlanger Bäder. Anlass war das eingereichte Bürgerbegehren. Die Bürgerinitiative hat das Ziel, dass das Hallenbad Frankenhof geöffnet bleibt, bis ein neues Hallenbad gebaut ist. Der Stadtrat hat dieses Ziel übernommen.

Aber bleibt das Bad deswegen mit Sicherheit geöffnet? Eher nein. Denn das Hallenbad Frankenhof ist baufällig und abgewirtschaftet. Eine Sanierung würde etwa das gleiche kosten wie ein Neubau.

Was passiert jetzt? Die Stadtwerke, denen der Frankenhof gehört, werden prüfen, welche Maßnahmen nötig sind, um das Bad über Mai 2014 geöffnet zu halten. Dann entscheidet der Aufsichtsrat, ob und welche Maßnahmen durchgeführt werden.

Für die SPD steht fest: Die Sicherheit der Badbesucher steht im Vordergrund. Auf gefährliche Notlösungen werden wir uns ebensowenig einlassen wie auf hohe Investitionen in das alte Bad. Kein Hausbesitzer investiert Geld in sein Haus, wenn er weiß, dass es in nächster Zeit abgerissen wird.

„Wir setzen uns dafür ein, dass die Sanierung des Freibades West und der Neubau schnell vorankommen", fasste Fraktionsvorsitzender Florian Janik die Haltung der SPD zusammen. Dass es bis dahin übergangsweise nur ein Hallenbad in Erlangen geben wird, ist skandalös. Frühes Handeln hätte das verhindern können. Der Zustand des Frankenhofs war allen Stadträten und dem Oberbürgermeister bekannt. Die SPD hat sich seit Jahren für dieses Projekt engagiert. „Jetzt heißt es handeln und nicht weiter hinauszögern", so Janik.

Die Verhandlungen zwischen Stadt und Stadtwerken über die Bäderübernahme müssen zügig zu Ende gebracht werden, dann kann im Herbst 2014 mit der Sanierung begonnen werden und im Jahr 2016 das neue Hallenbad in Betrieb gehen. ■

Gisela Niclas feiert 65. Geburtstag

Die SPD-Fraktion lädt ein zum Sozialempfang am 10. September

Kompetent und engagiert für soziale Gerechtigkeit: Am 15. September ist Bezirkstagswahl.

Am 21. Juli feierte Gisela Niclas ihren 65. Geburtstag. Aus diesem Anlass laden die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen und die Fraktion im Bezirkstag Mittelfranken ein zum Sozialempfang. ■

Sozialempfang
zum 65. Geburtstag von Gisela Niclas
Dienstag, 10. September 2013, 18 Uhr
Rathaus der Stadt Erlangen
Foyer im 1. Obergeschoss

Flüchtlinge zur Chefsache machen

Janik und Rossiter fordern die Stadtspitze zum Handeln auf

Der Antrag im Wortlaut:

http://www.spd-fraktion-erlangen.de/antrag-aufnahme-von-fluchtlingen-in-erlangen-gestalten-und-umsetzen/

Angesichts der in den nächsten Wochen bevorstehenden Ankunft von Flüchtlingen in Erlangen haben Florian Janik und die SPD-Stadtratsfraktion die Initiative ergriffen und der Stadt in einem Dringlichkeitsantrag konkrete Vorschläge gemacht. „Wir setzen uns für eine Stadt ein, in der die Stadtspitze gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Aufnahme von Flüchtlingen solidarisch begleitet und gestaltet", begründete Janik den Antrag. Das Motto der Stadt „Offen aus Tradition" sei nur so mit Inhalt zu füllen.

Konkret forderte die Fraktion die Stadt auf, so umfassend wie möglich über den Bedarf an Unterkünften zu informieren. Dabei soll die Stadt ihr Handeln nur darauf ausrichten, wie die Unterbringung von Flüchtlingen gelingen kann, nicht ob. Hierzu schlugen Janik und seine Kollegen ein breites Bündnis vor, das die Flüchtlinge unterstützt – bestehend insbesondere aus Kirchen und Relgionsgemeinschaften, Ortsbeiräten, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, der Wirtschaft und dem Runden Tisch Flüchtlinge sowie dem Ausländer- und Integrationsbeirat. Im Rathaus selbst soll eine Taskforce gebildet werden, die das Vorhaben koordiniert.

„Was wir jetzt brauchen, ist Leadership", formulierte Elizabeth Rossiter den Auftrag an die Stadtspitze. Und immerhin: Der Stadtrat beschloss den SPD-Antrag am 25. Juli ohne eine Gegenstimme. ■

Erlangen SPD

Für eine liebenswerte Innenstadt

SPD will eine Werbeanlagensatzung, mit der alle zufrieden sind

Der Antrag aus dem Juli im Überblick:

http://www.spd-fraktion-erlangen.de/antrag-grundsatzliche-uberarbeitung-der-werbeanlagensatzung/

Im März 2012 beantragte die SPD-Fraktion eine Überarbeitung der seit 2009 geltenden Werbeanlagensatzung mit dem Ziel der Verbesserung für das Stadtbild, die Besucherinnen und Besucher der Innenstadt und für die Gewerbetreibenden.

Dies brachte positive Entwicklungen: Weniger Wühlkästen und Stopper machen den Weg durch die Stadt angenehmer. Andererseits führten zu restriktive Einschränkungen in der Außenwerbung dazu, dass Läden und Dienstleister in den oberen Etagen der Innenstadt für Kunden und Besucher kaum mehr auffindbar sind.

Der nunmehr vorgelegte Entwurf einer neuen Werbeanlagensatzung stieß bei den Geschäften in der Innenstadt und den Außenbezirken allerdings auf einhellige Ablehnung, und das obwohl eine Werbeanlagensatzung von allen Beteiligten als sinnvoll erachtet wird. Der Grund: Die in einem weiteren SPD-Antrag vom Juli 2013 geforderten Ziele wie großzügigere Regularien und bürgerfreundlicheres und nachvollziehbareres Verwaltungshandeln werden dadurch bisher nicht erreicht.

Dr. Florian Janik, Fraktionsvorsitzender und OB-Kandidat für Erlangen, hält daher eine neuerliche Überarbeitung des Entwurfs für notwendig: „Der Entwurf muss zurückgezogen und neu verhandelt werden. Die SPD wird einer neuen Satzung nur zustimmen, wenn die Verwaltung in Absprache mit den Beteiligten, dem Handelsverband, dem IHK-Gremium und der Kreishandwerkerschaft eine tragbare Lösung findet. Was dann noch umstritten ist, muss im Stadtrat entschieden werden. Wir wollen, dass der Charakter unserer Innenstadt erhalten bleibt, Handel und Wandel blühen und die Menschen sich gerne dort aufhalten", so Janik.

Erfolgreiche Dialogreihe geht weiter

Auch im Herbst können Sie mit Florian Janik diskutieren

Informationen und aktuelle Termine: http://www.janik-fuer-erlangen.de/

Ende Juli diskutierte OB-Kandidat Florian Janik mit rund 60 Bürgerinnen und Bürgern über die Frage, wie sich in Erlangen Inklusion gestalten lässt. Die erfolgreiche Reihe „Ja. Erlangen gemeinsam gestalten" macht damit erstmal Pause, wird aber im Herbst fortgesetzt. Dann steht die Kultur und die Entwicklung der Innenstadt im Mittelpunkt. Beginn ist jeweils um 19 Uhr, die Veranstaltungsorte stehen noch nicht fest.

- 22. Oktober: Ehrenamt
- 12. November: Kreativität
- 26. November: Innenstadt

Unrühmlicher Rekord für den „Dechsi"

Kein Badegewässer in Bayern hat so schlechtes Wasser

Das Wasser von 868 Badegewässern in Bayern wurde untersucht, das Ergebnis ist eindeutig: Nirgends ist das Wasser so schlecht, dass das Baden verboten wurde - außer im Dechsendorfer Weiher.

Verwunderlich ist dies nach dem Starkregen des Frühjahrs, durch den der „Dechsi" mit dem Abwasser aus der Kläranlage Röttenbach geflutet wurde, allerdings nicht.

Die SPD hat seit 1999 in vielen Anträgen die Weihersanierung und damit den Bau einer Umlaufleitung gefordert. Nach zwei Stadtratsbeschlüssen 1999 und 2009 wird nun endlich im Herbst mit dem Umlaufgraben begonnen.

Dazu Ursula Lanig: „Es wird höchste Zeit, dass nach falsch terminierten, teurenn Maßnahmen und 20 Jahren, in denen das Naherholungsgebiet der Stadt und der ganzen Region vernachlässigt wurde, das Konzept endlich umgesetzt wird! Aber CSU und FDP dachten wohl, sich bei den Erholungsmöglichkeiten der Bürger unter fadenscheinigen Begründungen Zeit lassen zu können", so die Stadträtin aus Dechsendorf.

RATHAUS TELEGRAMM 06/ 2013: IMPRESSUM
Das SPD-Rathaustelegramm wird durch die SPD-Stadtratsfraktion Erlangen erstellt,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Telefon: 09131-862225 - Fax: 09131-862181
Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de - Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
Verantwortlich: Dr. Florian Janik - Redaktionelle Gestaltung: Gary Cunningham

Erlangen SPD

Aktuelles aus der Bezirkstagsfraktion

Von Gisela Niclas
Bezirksrätin

Hier kommt mein letzter Bericht mit aktuellen Infos aus der Bezirkstagsfraktion 2008-2013. Wenn der nächste Monatssspiegel erscheint, haben die Wählerinnen und Wähler entschieden – auch über die Zusammensetzung des nächsten Bezirkstages. Die sogenannte 3. kommunale Ebene in Bayern kommt in unserer alltäglichen Wahrnehmung eher „unterbelichtet“ vor. Zweifellos sind Landtag und Bundestag für die weitere Entwicklung in unserem Land die entscheidenden politischen Ebenen. Dennoch sei daran erinnert: Der Bezirk ist im sozialen Bereich zuständig für rund 10 Prozent der Bevölkerung in allen Altersgruppen. Tendenz steigend. So groß ist der Bevölkerungsanteil behinderter Menschen mit Rechtsanspruch auf Eingliederungshilfe und der pflegebedürftigen Seniorinnen und Senioren, die finanzielle Hilfe brauchen, wenn Rente und Pflegeversicherung für den Heimplatz nicht reichen.

Ver.di-Protest gegen weitere Ausgliederungen von Beschäftigten aus den Bezirkskliniken

Es droht Verschlechterung der Betreuungsqualität für Menschen mit psychischer Behinderung

Das bisherige Finanzierungssystem der Tagespauschale soll nach dem Willen der Bezirksverwaltung und der bisherigen CSU/FW-Mehrheit im Bezirkstag durch die sogenannte Fachleistungsstunde ersetzt werden. Hier droht nach meiner Auffassung eine deutliche Verschlechterung der Betreuungsqualität. In unserem letzten Antrag für den Sozialausschuss verlangt die SPD-Fraktion nicht nur die Beibehaltung der bisherigen Tagespauschalen sondern auch eine Anhörung der Betroffenen und ihrer Verbände im Bezirkstag. Warum? Der geplante Stundensatz ist viel zu niedrig und würde nicht nur zu einer massiven Verschlechterung der Betreuungsqualität führen; auch kleinere Einrichtungen, wie z.B. die therapeutische Wohngruppe am Theaterplatz, könnten damit nicht mehr existieren. Hinter diesem vordergründig eher als „Finanzierungslatein“ und „Verwaltungszuständigkeit“ erscheinendes Thema steckt ein hochbrisantes politisches Problem: Sozialabbau für Menschen mit Behinderung. Weitere Informationen dazu findet ihr auf unserer homepage spdbezirkstag.de.

Bezirkstagsmehrheit aus CSU/FW/FDP beschließt weiteres Outsourcing in den Bezirkskliniken

Trotz öffentlichkeitswirksamer Proteste aus den Reihen der Beschäftigten, ihrer Personalräte und der Gewerkschaft ver.di gegen weiteres Outsourcing in den Bezirkskliniken hat sich in der Juli-Sitzung des Bezirkstages eine Mehrheit aus CSU/FW/FDP gegen die Stimmen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und dem Vertreter der Linken für die Erweiterung der Service GmbH ausgesprochen. Eine Kostensenkung durch diese Maßnahme konnte nicht nachgewiesen werden. Dennoch folgte die Bezirkstagsmehrheit der Empfehlung des Vorstandes zur weiteren Spaltung der Belegschaft. Das medizinisch-pflegerische Personal verbleibt direkt bei den Kliniken, sämtliche weiteren Beschäftigten vom Gärtner bis zur IT-Fachkraft werden „ausgegliedert“ in die bereits bestehende Service GmbH. Dabei wäre es auch anders gegangen. Mehrfach hatten die Beschäftigten, ihre Personalräte und die Gewerkschaft ver.di ihre Zusammenarbeit zur Lösung der Probleme angeboten. Dafür hatte sich auch die SPD-Fraktion stark gemacht. Der ernsthafte Dialog auf Augenhöhe ist aber von „denen da oben“ offenbar nicht gewünscht. Ich bin überzeugt: Der Ausgliederungsbeschluss, dessen Vorteil weder betriebswirtschaftlich nachgewiesen noch personalpolitisch sinnvoll ist, wird keine Probleme lösen, sondern neue schaffen.

Gemeinsamer Antrag aller SPD-Bezirkstagsfraktionen: Die bayerischen Bezirke sollen Initiator und Motor für Inklusion von Menschen mit Behinderung werden

In einem Antrag auf der Verbandsversammlung der bayerischen Bezirke Anfang Juli in Gunzenhausen setzen sich alle SPD-Fraktionen gemeinsam ein für ein 12-Punkte-Programm zur Umsetzung der Inklusion in Bayern. Gemeinsam setzt sich die SPD mit allem Nachdruck ein für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse für Menschen mit Behinderung. Diese gemeinsame Handeln ist ein neue politische Qualität, es schärft das Profil der SPD auf Verbandsebene. Ganz oben auf der Agenda steht für die Sozialdemokraten die Forderung nach einer auskömmlichen Rahmenleistungsvereinbarung für das ambulant betreute Wohnen und die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen bei der Sozialplanung. Der Antrag wurde von der Verbandsversammlung zur Beratung in den Sozialausschuss und den Hauptausschuss verwiesen.

SPD-Bezirkstagsfraktion legt ihre Arbeitsbilanz vor: „Keine Eingliederungshilfe nach Kassenlage“

Am Ende der 5-jährigen Amtszeit des Bezirkstages von 2008-2013 legte die SPD-Bezirsktagsfraktion am 14. Juli 2013 auf dem Parteitag der MittelfrankenSPD ihre Arbeitsbilanz vor. Unser Grundsatz: Die Menschen mit Hilfebedarf stehen bei uns im Mittelpunkt unserer Politik. Keine Eingliederungshilfe nach Kassenlage (mehr dazu auf spdbezirkstag.de)! Bitte, helft mit aller Kraft mit, dass wir im nächsten Bezirkstag mit einer starken SPD diesen Grundsatz auch umsetzen können.

Besuch bei der GBW-Mieterinitiative Erlangen

Von Angelika Weikert MdL
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen

Seitdem der Verkauf im Frühjahr abgewickelt wurde, ist es ziemlich still geworden um die GBW-Wohnungen. Für die Öffentlichkeit scheint das Thema erledigt zu sein. Nicht so für die Mitglieder der GBW-Mieterinitiative Erlangen. Für den 19. August hatten sie sich Joachim Hermann eingeladen, der aufgrund einer Geiselnahme in Ingolstadt kurzfristig absagen musste.

Der zweite Gast, der Geschäftsführer der GBW in Franken Hans Nägel, gab bekannt, dass für die Mieter vorerst alles beim Alten bleibt. Über die zukünftige Geschäftspolitik oder geplante Maßnahmen konnte er so kurz nach dem Verkauf noch keine Auskunft geben.

Gemeinsam mit Martina Stamm-Fibich, Philipp Dees und Gisela Niclas war ich vor Ort, um mich über den aktuellen Stand der Dinge zu informieren, die Stimmung und Sorgen der Mieter aufzunehmen und ihnen unsere Unterstützung für die Zukunft zu versichern.

Bezahlbarer Wohnraum – ein zentrales Thema für die Zukunft

Auch wenn die GBW-Wohnungen zwischenzeitlich aus den Schlagzeilen verschwunden sind: das Thema bezahlbarer Wohnraum beschäftigt die Menschen in der Metropolregion. Der Wohnungsmarkt ist wie leergefegt, der Druck auf Mieter und Wohnungssuchende nimmt dramatisch zu.

Unser Spitzenkandidat Christian Ude und wir haben dieses Problem schon vor längerer Zeit aufgegriffen – nicht erst kurz vor Wahlkampfauftakt, wie die CDU/CSU. Und im Gegensatz zu den Noch-Regierungsparteien haben wir mehr als ein weichgewaschenes, in der Not gestricktes Feigenblattkonzept zu bieten.

Mieterhöhungen eindämmen!

Bereits heute müssen manche Haushalte bis zu 57,1 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Miete ausgeben. Wir Sozialdemokraten wollen daher eine echte Mietpreisbremse, durch die die Mieterhöhungen gesetzlich auf maximal 15 Prozent in vier Jahren begrenzt werden.

Bei Wiedervermietung darf die Miete, nicht wie heute von manchen Vermietern um 30 Prozent, sondern höchstens um 10 Prozent gegenüber der ortsüblichen Vergleichsmiete angehoben werden.

Darüber hinaus ist für uns ist klar: Den Makler muss bezahlen, wer ihn bestellt hat! Vermieter dürfen in Zukunft die Maklergebühren nicht mehr auf die Mieter abwälzen, die diesen nicht bestellt und oft sogar nicht einmal in Anspruch genommen haben.

Nebenkosten im Rahmen halten!

Ein weiteres Problem, für das unsere politische Konkurrenz keine befriedigende Lösung anzubieten hat, sind die rapide steigenden Kosten für Strom und Heizung. Anstatt für eine Entlastung insbesondere finanziell schlechter gestellter Familien zu sorgen, hat die schwarz-gelbe Regierung den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld ersatzlos gestrichen. Wir werden ihn wieder einführen.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist die Absenkung der Stromsteuer um 25 Prozent. Zusätzlich wollen wir durchsetzen, dass die Kosten für sinnvolle und langfristig energie- und geldsparende Sanierungsmaßnahmen nur noch zu 9 Prozent auf die Mieter umgelegt werden dürfen.

Wohnungsbau ankurbeln!

Neben der Eingrenzung von Kosten für bestehende Wohnungen muss die Schaffung preiswerten Wohnraums zu einem der primären Ziele der nächsten Jahre werden. Unter Schwarz-Gelb wurden die Mittel hierfür in Bund und Land massiv gekürzt.

In Folge der Föderalismusreform liegt die alleinige Zuständigkeit für den Wohnungsbau ab 2019 bei den Ländern. Angesichts des prognostizierten Bevölkerungszuwachses in Bayern werden wir die Mittel hierfür erheblich aufstocken. Auch bei der Städtebauförderung und insbesondere beim Programm „Soziale Stadt“ haben CDU/CSU und FDP entgegen aller Vernunft gespart statt zu investieren. Wir werden dafür Sorge tragen, dass der Bund seine Mittel wieder erhöht und die fehlenden Bundesmittel vom Freistaat kompensiert werden.

Energiewende nicht schlechtreden!

Von Andreas Richter

Leider haben die EN folgenden Leserbrief im Gegensatz zu einem Pro-Kernkraft-Leserbrief im Lokalteil zur gleichen Zeit nicht gebracht. Daher erscheint er nun hier für Euch zur Information.

Leserbrief zum Artikel „RSV schreibt Erfolgsgeschichte mit Perspektive“ vom 1. Juli 2013

Trotz aller Lippenbekenntnisse gibt es noch immer große Widerstände gegen die Energiewende. Dazu gehört die Untätigkeit von Merkel und der Bundesregierung und noch stärker das Vorhaben Seehofers, mit einem völlig unrealistischen Abstandsgebot den Ausbau der Windenergie an Land komplett zum Stillstand zu bringen.

Völlig offen scheint dagegen Forchheims CSU-OB Franz Stumpf gegen die Energiewende zu agieren. Sein Vorwurf an die Bürgerenergiegenossenschaften „nichts gelernt“ zu haben und „blauäugig“ vorzugehen, dient einzig dazu, die Zusammenschlüsse engagierter Bürgerinnen und Bürger zu diskreditieren.

Statt als OB selbst etwas für die Energiewende zu tun, werden von ihm somit diejenigen, die gemeinsam den ökologischen Umbau der Stromversorgung umsetzen und den Großkonzernen einen Teil ihrer wirtschaftlichen Macht nehmen und dabei auch ökonomisch Erfolg haben, schlecht geredet.

Steuermythos 3: „Die oberen Einkommensschichten tragen den Großteil der Steuerlast“?

Drei falsche Annahmen bzw. Behauptungen liegen diesem „Mythos“ zugrunde:

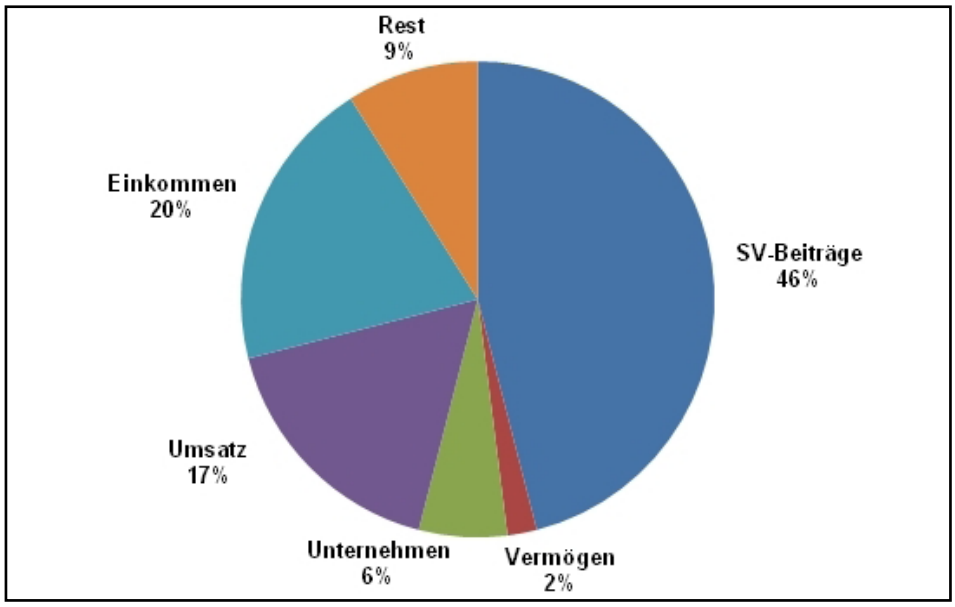
1. Die Steuerlast wird auf Einkommens- und Lohnsteuern reduziert
Steuern auf Einkommen machen nur etwa 20 Prozent am gesamten Steuer- und Abgabeeinkommen bzw. nur 28,6 Prozent des Steuer- und Abgabenaufkommens natürlicher Personen aus, in etwa ebenso viel wie auch die alle gesellschaftlichen Schichten belastende Umsatzsteuer. Den mit Abstand größten Anteil jedoch machen die Beiträge in die sozialen Sicherungssysteme aus, die ebenfalls von allen Einkommensgruppen geleistet werden. Unternehmenssteuern machen nur 6 Prozent aus (Arbeitgeberbeiträge in die Sozialversicherungen zählen zum Bruttolohn).

Auch unter Berücksichtigung von weiteren, kleineren Posten, die selektiv hohe Einkommen und Vermögen besteuern (u.a. Anteil der Steuern auf Vermögen: 2 Prozent des Gesamtaufkommens) ist eindeutig feststellbar, dass über 70 Prozent des Steueraufkommens durch alle Bevölkerungsgruppen getragen werden.

Fakt 1: Die progressiv gestaltete Einkommenssteuer macht nur etwa ein Fünftel des gesamten Steueraufkommens aus.

2. „Die oberen und obersten Einkommensgruppen tragen den größten Anteil zum Steueraufkommen bei.“
Nach einer aktuellen Studie (Rheinisch-Westfälisches Instituts für Wirtschaftsforschung RWI und Universität Köln) tragen die 230.000 Haushalte mit einem (Brutto-)Jahreseinkommen von über 200.000 Euro zwar 15 Prozent des Einkommenssteueraufkommens, aber kaum zu den indirekten Steuern und Sozialbeiträgen (je rund 1 Prozent davon) bei. Insgesamt steuert diese Elite nur rund 6 Prozent zum Steuergesamtaufkommen bei. Der Anteil der Haushalte mit einem Einkommen zwischen 40.000 und 70.000 Euro, („Mittelschicht“) ist jedoch verantwortlich für zwei Drittel des gesamten Steueraufkommens.

Fakt 2: Die 230.000 Top-Haushalte mit Einkommen über 200.000 Euro tragen 15 Prozent des Einkommenssteueraufkommens, aber nur 5,7 Prozent des gesamten Steueraufkommens.



Anteil der wichtigsten Steuern am gesamten Steuer- und Abgabenaufkommen 2011 (Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen)

3. Die Einkommensverteilung bleibt so außen vor – argumentiert wird mit absoluten Zahlen, nicht mit der relativen Belastung der Steuerpflichtigen
Richtig ist, dass die oberen 20 Prozent der Einkommen 46,9 Prozent der gesamten Steuerlast tragen. Die Ursache dieser scheinbaren Ungerechtigkeit liegt in der hoch ungleichen Verteilung der Einkommen: Jene „Top-20-Prozent“ verdienen auch 53 Prozent aller Einkommen. Somit ist ihre Abgabenbelastung GERINGER als die der großen Mehrheit der Gesellschaft (47 Prozent der Einkommen, aber 53 Prozent der Steuern!).

Fakt 3: Das oberste Fünftel bezahlt 46,9 Prozent aller Steuern, verdient aber 53,0 Prozent aller Einkommen.

Beitragsbemessungsgrenzen (Maximalabgaben) für Sozialversicherungsbeiträge und die Steuerdifferenz auf Einkommen aus Vermögen (relativ zu solchem aus Arbeit) senken bei den höheren Einkommen die Gesamtbelastung (von der legalen wie illegalen Steuervermeidung in diesen Einkommensschichten gar nicht zu reden). Die anteilige Belastung der wirklichen Topverdiener ist somit erheblich geringer als diejenige der Mittelschicht.

Fakt 4: Für die reichsten 10 Prozent geht die Belastung durch Einkommenssteuern und Sozialabgaben sogar zurück.

Dabei ist die stark regressive Wirkung indirekter Steuern noch nicht eingerechnet Diese belasten allesamt kleine Einkommen stärker als große (u.a. durch den größeren Konsum-/Lebens-kostenanteil kleinerer Einkommen): unterste 10 Prozent mit rund 15 Prozent, oberste 10 Prozent mit rund 7 Prozent.

Fakt 5: Die progressive Wirkung der Einkommenssteuer wird durch die regressive Wirkung der Sozialversicherungsbeiträge und indirekten Steuern vollständig aufgehoben

Entgegen den gebetsmühlenartig vorgebrachten Behauptungen von Vertretern der Wirtschaftslobby und der ihr nahestehenden Verbände und Parteien findet also keine Umverteilung „von Oben nach Unten“ über Steuern statt.

Aus: http://www.steuermythen.de/mythen/ Autor: Nikolaus Kowall, Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung; Zusammenfassung: Friedrich Mirle, WiPoAK

„Jeder Park ist Gezi-Park“ – „Taksim ist überall“

Reise einer Delegation aus Erlangen nach Besiktas zur Deutsch-Türkischen Frauenkonferenz „Frauenrechte im Kontext der Menschenrechte“, 22. bis 26. Juni 2013

Von Anette Christian

Zusammen mit einer elfköpfigen Frauendelegation aus Erlangen hatte ich Gelegenheit, vom 22. – 26. Juni 2013 unsere Partnerstadt Besiktas zu besuchen und an der Deutsch-Türkischen Frauenkonferenz „Frauenrechte im Kontext der Menschenrechte“ teilzunehmen. Von den Erlanger Genossinnen waren Birgit Hartwig (Stadtratsfraktion, Frauen-Notruf) und Gunda Gerstenmeyer (ASF / Frauengruppentreffen) und ich dabei; die Gruppe umfasste Bürgermeisterin Dr. Elisabeth Preuß, Dr. Pierrette Herzberger-Fofana (Stadtratsfraktion Grüne), Silvia Klein (Bürgermeister- und Presseamt), Doris Aschmann (Gleichstellungsstelle der Stadt), Ute Freissler und Ursula Heintze (Frauenhaus Erlangen), , Petra Mahr (AWO Ober- und Mittelfranken) und Dr. Ebru Tepecik (Uni Erlangen, Büro für Gender u. Diversity).

Während der Konferenz wurden unter dem Vorsitz der türkischen Rechtsanwältin und Frauenrechtlerin Nazan Moroglu unsere Beiträge jeweils auf deutsch und von Besiktas auf türkisch vorgestellt und simultan gedolmetscht.

Das Menschenrechts-Thema der Veranstaltung war unerwartet aktualisiert worden durch die politische Situation in Instanbul mit den gewaltsamen Auflösungen der Demonstrationen im Gezi-Park und am Taksim-Platz. Dies bestimmte wesentlich die Gespräche am Rande der Konferenz. Bereits am Ankunftsabend erhielten wir einen ersten Eindruck von der Bedro-hung, der sich die Protestierenden seitens der Polizei gegenüber sahen, aber auch von den ungewöhnlichen Formen des Eintretens für Meinungsfreiheit und Demokratie. Während eines Abendessens mit der Städtepartnerschaftsbeauftragten sowie einer Abordnung des Stadtrats von Besiktas in einem lebhaften Altstadtviertel flimmerten aktuelle Aufnahmen aus dem Stadtzentrum von flüchtenden Demonstrierenden im Tränengasnebel über die Bildschi-rme über unseren Köpfen, und immer wieder erhob sich ohrenbetäubendes Klappern: im Restaurant wie auch im ganzen Viertel schlugen Menschen mit Besteck im Protest gegen das Geschirr. Wir erfuhren, dass es nur wenige kleine Sender wagten, live zu berichten, und die in der Mehrzahl regierungstreuen Fernsehanstalten die Situation nicht einmal erwähnten.

Bürgermeisterin Dr. Preuß übergab während unseres Aufenthalts eine Solidaritätsadresse von OB Dr Balleis an seinen Bürgermeisterkollegen Ismail Ünal, den Schirmherrn der Frauenkonferenz. Immer wieder drückten Mitglieder der Stadtverwaltung von Besiktas sowie Konferenzteilnehmerinnen ihren Dank darüber aus, dass die Erlanger Delegation trotz der unsicheren politischen Lage angereist war; dies wurde als hilfreiche Unterstützung in den Bemühungen um Demokratie und Bürgerrechte wahrgenommen.

Wir besuchten den Gezi-Park, der abgeriegelt war – der Zutritt wurde uns von der Polizei verwehrt. Wie klein dieser Park erscheint inmitten der um-

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

gebenden Geschäftshochhäuser und Hotels, und wie nachvollziehbar der Wunsch, diese kleine Grünanlage zu bewahren in der sonst an Vegetation so armen Stadt. Unsere Begleiterinnen aus Besiktas zeigten uns, wo sie als Unbeteiligte vor der Polizei flüchten mussten und berichteten von den schweren Verletzungen, die viele Menschen durch Direktbeschuss mit den Tränengasgranaten erlitten hatten. Und wir wurden Augenzeuginnen der nach der gewaltsamen Räumung des Gezi-Park entstandenen Bewegung „Jeder Park in der Türkei ein Gezi-Park“: in vielen Park-anlagen der Stadt, unter anderem in unmittelbarer Nähe unserer Hotelunterkunft, versammelten sich allabendlich Hunderte bis Tausende Menschen zur friedlichen Demonstration. Alle erhielten die gleiche Redezeit, immer neue Rednerinnen und Redner aus dem Publikum folgten aufeinander, während die übrigen in völliger Ruhe gespannt lauschten und ihrer Zustimmung oder Ablehnung nicht durch Zuruf, sondern in lebhaften Handzeichen Ausdruck verliehen – dies auch, um die Anwohnenden nicht durch Lärm zu behelligen. Wir waren tief beeindruckt von dieser neuen Demokratiebewegung und ihren kreativen und gewaltfreien Aktionsformen. Eine 20jährige Studentin, mit der ich ein langes Gespräch führte, verdeutlichte ihre Begeisterung über diese Aufbruchsstimmung mit den Worten: „Jeder von uns dachte, allein zu sein mit dem Unbehagen über die zunehmenden Einschränkungen durch die Regierung Erdogan – wir hatten bisher keine Ahnung, dass wir so viele sind!“

Mehrere Exkursionen vermittelten uns während des Aufenthalts spannende Einblicke in das Engagement der Gastgeberinnen, so ein Empfang beim Türkischen Akademikerinnen-Verein und in der von Nazan Moroglu mitbegründeten innovativen Deutsch-Türkischen Privatschule sowie eine Begegnung mit der autonomen Gewaltschutzarbeit im Frauenhaus MOR CATI (Lila Dach). Einem von der Stadt Besiktas organisierten abendlichen Ausflug zu Wasser verlieh der Voll-mond über dem Bosporus eine einzigartige Atmosphäre; im kulturellen Rahmenprogramm machte die auch in Erlangen heimische Meral Akkent die Gruppe im alten Stadtteil Karaköy mit den multikulturellen Wurzeln von Istanbul bekannt.

Viel zu schnell war es dann Zeit für den Heimflug. Im Flugzeug saß neben mir eine junge Tänzerin, die mit der türkischen Tanztheatergruppe RemDans zum ARENA-Festival in Erlangen unterwegs war – die Gruppe stand bei einer gut besuchten Sonderveranstaltung Rede und Antwort über ihre Erlebnisse in den Protesttagen und Repressionen der konservativen Regierung gegen Künstlerinnen und Künstler.

Uns Teilnehmerinnen der Delegation bewegt weiterhin die Frage, wie wir unserer Partner-stadt Besiktas Unterstützung und Solidarität zukommen lassen in dieser Zeit des politischen Aufbruchs. Wir alle können dazu beitragen, dass das öffentliche Interesse an der Demokra-tiebewegung in der Türkei nicht nachlässt. Nach Verhaftungswellen gegen Demonstrierende, deren AnwältInnen und JournalistInnen weitet die Regierung Erdogan ihre Freiheitsbe-schränkungen auf weitere gesellschaftliche Gruppen aus, die sich gegen die Übergriffe der Polizei positioniert hatten (inzwischen ist deshalb z.B. der Fanclub von Besiktas Istanbul zur terroristischen Vereinigung erklärt worden.)

Eine Solidaritätsadresse der Erlanger SPD an die Partnerstadt Besiktas wäre ein wichtiges Signal der Verbundenheit.

Ware Kind– Das blühende Geschäft

Ausstellung und Veranstaltungsreihe des Dritte-Welt-Ladens

Weltweit leben rund 1,2 Milliarden Menschen unter der Armutsgrenze: Sie haben weniger als einen Dollar pro Tag für Essen, Wohnen und Gesundheit. Frauen und Kinder sind als schwächste Glieder der Gesellschaft besonders betroffen.

Aus dieser bitteren Armut heraus werden jedes Jahr weltweit hunderttausende Kinder wie eine Ware verkauft. Sie werden als Arbeitssklaven eingesetzt, in Bordellen ausgebeutet oder durch Adoption vermarktet.

Seit 1998 kämpft die Organisation STOP („Stop Trafficking and Oppression of Children and Women“) in Neu Delhi gegen diese Verbrechen. Neben der Befreiung aus der Zwangsprostitution leistet STOP Hilfe zur Wiedereingliederung für die Betroffenen in die Gesellschaft. Präventiv arbeitet STOP in einem Slum in Neu Delhi und in einigen ländlichen Projekten in Westbengalen.

Der Dritte-Welt-Laden Erlangen ist seit 2001 Projektpartner von STOP. Gegenseitige Besuche haben uns überzeugt, dass hier wertvolle und effiziente Arbeit geleistet wird.

Im September und Oktober wollen wir zusammen mit dem STOP-Freundeskreis einen Einblick geben in die Problematik des Kinder- und Menschenhandels weltweit – auch in Deutschland gibt es diese moderne Form der Sklaverei! Eine STOP-Mitarbeiterin, die wir eigens hierfür aus Indien eingeladen haben, kann authentisch über ihre Erfahrungen berichten.

Ausstellung „WARE KIND“
12. September bis 15. Oktober 2013, Stadtbibliothek Erlangen, Marktplatz 1
Schirmherrin: Heide Mattischeck, Bundestagsabgeordnete a.D., ehem. Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

- Eröffnung: 12. September 2013, 17 Uhr, Bürgersaal der Stadtbibliothek
- Öffnungszeiten: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag 10 bis 18:30 Uhr, Samstag 10 bis 14 Uhr, Mittwoch geschlossen
- Öffentliche Führung: Donnerstag, 26. September, 17 Uhr
- Weitere Führungstermine sowie Angebote für Schulen unter: www.dritte-welt-laden.erlangen.de oder: 09131/23266

Ausstellung Frauen und ländliche Entwicklung in Indien
23. September bis 12. Oktober 2013, Neustädter Kirche
Die Stärkung von Frauen, ihr Empowerment, ist ein wichtiger Schritt hin zu einer gerechteren Gesellschaft. Un-

sere Partnerinnen im Süden nehmen diese Herausforderung in die eigene Hand. Sie schließen sich mit anderen zusammen, bilden größere Netzwerke und arbeiten so für Verhältnisse, in denen Männer und Frauen die gleichen Rechte und Lebenschancen haben. Sie kämpfen für ein Leben ohne Gewalt setzen sich ein für eine Teilhabe an sozialen und politischen Prozessen und für bessere Bildungs- und Existenzchancen.

- Eröffnung: 23. September 2013, 18 Uhr mit Einführung und Diskussion zur Armutsforschung, Neustädter Kirche
- Öffnungszeiten: Mittwoch bisFreitag, 11 bis 18 Uhr, Samstag bis Dienstag 11 bis 14 Uhr

Faires Frühstück im Rahmen der Fairen Woche – Schwerpunkt Indien
Samstag, 28. September, 10 bis 14 Uhr, Dritte Welt Laden Erlangen Neustädter Kirchenplatz 7

„Grenzüberschreitende Sozialarbeit gegen Gewalt und Menschenrechtsverletzungen", Vortrag mit Cathrin Schauer, KARO
Dienstag, 1. Oktober, 19 Uhr, Stadtbibliothek Erlangen, Marktplatz 1

Seit 1994 engagiert sich KARO gegen Zwangsprostitution, Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung von Kindern, insbesondere an der deutsch–tschechischen Grenze. Ziel des Vereins ist es, Kindern, Jugendlichen und Frauen, die physische, psychische und/oder sexuelle Gewalt erfahren haben, Schutz und Hilfe anzubieten.

Gottesdienst zum Erntedankfest – „Frauen in Indien"
Sonntag, 6. Oktober, 10 Uhr, Neustädter Kirche, Erlangen

Benefizkonzert mit Wally Warning
Sonntag, 6. Oktober, 18 Uhr, Herzogenaurach, Martin-Luther-Haus, Martin-Luther-Straße 1; Eintritt: 10 Euro, Schüler/in bzw. Student/in: 6 Euro
„Wallys Leistung besteht darin, einzelne Stilelemente nicht als bruchstückhafte Zitate nebeneinander zu setzen, sondern Musikepochen und verschiedene Winkel der Erde so zu verweben, dass eine Weltmusik besonderer Art dabei herauskommt: eine Better-World-Music, in jedem Sinne des Wortes." (Südkurier)

Wie Frauen ihre Welt verändern. Ländliche Entwicklung in Westbengalen am Beispiel des Dorfes „Aamgachia".
Dienstag, 8. Oktober, 19 Uhr, Neustädter Kirche, Erlangen

Das 3000-Einwohner Dorf Aamgachia liegt in Westbengalen, nahe Kolkata. Jährlich verschwinden aus diesem Gebiet über 1000 Mädchen spurlos – viele landen in Zwangsprostitution. Wege aus der Armut zu finden ist ein wichtiger Pfeiler zur Prävention dieses Verbrechens.

Mitwirkende: Rama Gundeti von STOP/India und Regina Vogt-Heeren, STOP-Freundeskreis

Ware Kind – eine Betroffene erzählt. Mit Rama Gundeti von STOP /Indien
Donnerstag, 10. Oktober, 17 Uhr, Nürnberg, Lorenzer Laden, Lorenzer Platz 8

Rama wurde im Alter von 16 Jahren aus einen Bordell in Neu Delhi von STOP befreit. Von ihren Erfahrungen möchte sie berichten, damit diese Verbrechen ein Ende finden.

Tanz befreit
Freitag, 11. Oktober, 19 Uhr, Neustädter Kirche, Erlangen

Tanz und Körperarbeit sind wichtige Bestandteile des Aufarbeitens traumatischer Erlebnisse im „STOP-Family-Home". An diesem Abend erleben wir die Faszination indischer Tanzkultur, genießen indische Köstlichkeiten und hören Geschichten von starken Mädchen.

Mit der Tanzgruppe „Meera Chhandam" unter der Leitung von Galena Haag, Namaste Ladies Club, Erlangen und Rama Gundeti (Indien)

Filme im E-Werk-Kino, Fuchsenwiese 1
Eintritt frei, Spenden erbeten:

- Slumdog Millionär
  Donnerstag, 19. September, 20 Uhr
  Die Geschichte des 18-jährigen Inders Jamal Malik, der vom armen Slumbewohner zum Millionär wird.
  Danny Boyle, Großbritannien, 115 Minuten
- Kindersklaven in Indien
  Sonntag, 29. September, 17 Uhr
  Eine Dokumentation eines Teams des Magazins „National Geographic" über die Arbeit der indischen Organisation „STOP" (2006)
  30 Min., Diskussion im Anschluss
- Lilja-4-ever
  Dienstag, 15. Oktober 20 Uhr
  Die Situation der 16-jährigen Lilja ändert sich von trostlos zu dramatisch, als sich ihre Mutter einfach mit einem neuen Lebensgefährten davon macht und sie der Obhut" Tante überlässt. Lilja will nur noch eins: weg! Das Versprechen auf ein besseres Leben in Schweden erweist sich jedoch als folgenreicher Irrtum...
  Lukas Moodysson, DK/SE 2002,109 Minuten, ab 12 Jahre

Mehr Informationen:
Julie Mildenberger, Dritte Welt Laden Erlangen e.V., info@dritte-welt-laden-erlangen.de

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 17. September, 19 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
gabi.dorn-dohmstreich@franken-online.de

Liebe Distriktsmitglieder,
da wir im September die heiße Wahlkampfphase haben und auch etliche Veranstaltungen stattfinden, findet im September keine Distriktsversammlung statt.

Unsere nächste Distriktsversammlung nach den Wahlen und zur Vorbereitung der Kommunalwahl findet am Dienstag, den 8. Oktober um 20 Uhr im TSV Frauenaurach statt.

Für den Vorstand
Gabi Dorn-Dohmstreich

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Sitzung findet am 16. Oktober statt. Der Ort wird Euch rechtzeitig bekannt gegeben.

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
da wir uns auf die Wahlkampftermine konzentrieren wollen, findet im September keine Distriktssitzung statt. Der nächste Distriktstermin ist daher erst am

Mittwoch, 9. Oktober, 19 Uhr im Biergarten Röthelheim, Am Röthelheim 40c

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
Stellv. Vorsitzender

Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
unsere nächste Distriktssitzung wird stattfinden am

Dienstag, 1. Oktober um 20 Uhr im Nebenraum der „Kulisse“ (Theaterstraße)

Als Tagesordnung sind unter anderem vorgesehen: Nachbetrachtungen zur Landtags- und Bundestagswahl sowie Beschluss über das Distriktsprogramm und Aktivitätenplanung (u.a. BürgerInnendialog) zur Kommunalwahl.

Für den Vorstand
Dr. Michael Zimmermann

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 17. September, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1) Aktuelles
2) Rückblick auf Kerwa-Ereignisse.
3) Rückblick Kandidatentreffen
4) Auswertung der Ergebnisse der Landtags- und Bezirkstagswahlen.
5) Entwicklung des Ortsteilprogramms.
6) Strategie für Kommunalwahl
7) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen: Distriktversammlungen am 8. Oktober, 12. November; Gansessen am 10. November.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsitzung vom 9. Juli

Wir haben unsere Versammlung im Garten des Schlössla abgehalten bei bester abendlicher Außentemperatur.

1) Rückblick auf den Frühschoppen: wir sind alle sehr zufrieden, dass das Experiment geklappt hat. Die Besucherzahl war größer als erwartet und erhofft. Auch der Kreisverband war zahlreich vertreten. Organisatorisch ist alles sehr gut gelaufen. Die Einnahmen haben ausgereicht, um alle Auslagen zu bezahlen. Dank des Zuschusses vom Kreisverband haben wir auch die Ausgaben für die Musik begleichen können und ein kleiner Überschuss ist entstanden, der in die allgemeine Kasse fließt. Er soll auch dazu verwendet werde, um die Anschaffung von 20 einfachen DIN-A1-Plakatständern (kampa), wofür ein sehr günstiges Angebot vorliegt, zu finanzieren. Dazu ergeht ein einstimmiger Beschluss.
2) Große Enttäuschung über das Ergebnis der Kandidatenaufstellung. Wir werden Konsequenzen daraus ziehen. Es soll mit Eltersdorf Kontakt aufgenommen werden in der Angelegenheit Umgehungsstraße. Außerdem werden Haustürbesuche geplant im Zweierteam. Projekte: verkehrsberuhigte Zone in Tennenlohe, Einladung der Tennenlohe zur Aktion „Roter Braten“ im Schlössla Ende Februar oder spätestens Anfang März mit den Kandidaten.
3) Kerwa: wir erfahren von Fritz Unangenehmes bezüglich der Pläne der Oberkerwaburschen, was aber noch genauer geklärt werden soll.
4) Ortsbeiratssitzung: die Themen werden angesprochen
5) Ein zusätzlicher Termin ist aufgrund der gegenwärtigen Lage notwendig. Es wird die letzte Juliwoche in Aussicht genommen. Ob Dienstag oder Mittwoch soll im Umlaufverfahren geklärt werden.

Rolf Schowalter in Vertretung des Schriftführers

Protokoll der außerordentlichen Distriktsitzung vom 30. Juli

Am 30. Juli fand eine außerordentliche Distriktversammlung bei Ulla Schnapper privat statt. Aufgrund der angespannten Situation (Vorwahlkampf, Kerwa-Organisation) war dies zwingend notwendig. Auch wenn nicht alle der aktiven Mitglieder diesen Termin wahrnehmen konnten, galt es, wichtige Angelegenheiten zu besprechen und zu entscheiden.

1) Der momentane Sachstand der Kerwa-Organisation wurde kontrovers diskutiert, führte dann aber zu einem einmütigen Ergebnis. Ein Treffen am Mittwoch, dem 31. Juli vom Vorstand der Kerwaburschen mit dem Distriktvorsitzenden Rolf Schowalter soll Klarheit in manchen umstrittenen Angelegenheiten bringen. Es geht um das genaue Programm, die Standbesetzung und das Verhältnis Kerwaburschen – Sandhasen. Dementsprechend muss die Plakatgestaltung erfolgen. Die Genehmigung zur Plakatierung liegt bereits vor. Die Plakatständer sind organisiert.
2) Die Standbesetzung durch die SPD am Kerwa-Samstag wird noch einmal geklärt und modifiziert.
3) Meinungsaustausch über den neuen Verein „Tennenlohe.de“. Bewertung von Äußerungen der Ortsbeiratsvorsitzenden sowie solcher von Dieter Erhard.

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

4) Über die Wahlkampfaktionen (Verteilung von Materialien, Briefsendungen, Tennenloher Bote). Ein Infostand soll nicht stattfinden.
5) Genauere Festlegung der Inhalte der nächsten Ausgabe des Tennenloher Boten (Verteilung Anfang September) Redaktionelle Beiträge bis spätestens ca. 20. August.
6) Die ziemlich veraltete Vorstellung der Tennenloher SPD auf der Homepage wird genauestens diskutiert und in weiten Teilen neu verfasst. Das Ergebnis soll noch einmal den Distriktmitgliedern vorgelegt werden zur abschließenden Begutachtung.
7) Zur Eröffnung der Kerwa beim Fritz (Schlachtschüssel am Donnerstag) werden wir einen Tisch reservieren. Am Freitag werden wir uns zunächst in der Schlossgaststätte einfinden.

Dank an Ulla Schnapper für die Einladung und die Bewirtung. Die letzten Gäste gehen erst um 1.00 Uhr

Rolf Schowalter in Vertretung des Schriftführers

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir treffen uns erst im Oktober wieder zu unserer nächsten Distriktsversammlung. Wahlkampf und zwei Wahlen im September bieten kaum Spielraum für ein Treffen. Außerdem ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass wir dann mit Wahlergebnisdiskussionen im Kreisverband konkurrieren.

Im Juli haben wir intensiv über das Thema „städtebauliche Verdichtung diskutiert. Zu diesem eher trockenen Thema konnten wir 18 Genossinnen und Genossen begrüßen. Erstmals seit vielen, vielen Jahren, vielleicht auch zum ersten Mal, fanden sich mehr Genossinnen (12) als Genossen (6) ein.

Der einstimmig (mit 17 Stimmen) am 17. Juli verabschiedeter Antrag lautet:

„Verdichtung im Bereich Würzburger Ring

Der Distrikt West der Erlanger SPD stellt zur laufenden Diskussion „Verdichtung im Bereich Würzburger Ring“ folgendes fest:

1. Das „Wäldchen“ im Würzburger Ring muss erhalten bleiben
2. Die West-Ost-Grünachse im Bereich Steinforstgraben darf nicht beschädigt werden.
3. Ein breiter Dialog mit den Bürgern über denkbare Veränderungen ist zu führen.
   Unser Ziel ist es, die Wohnqualität im Stadtteil zu erhalten und zu verbessern.

Begründung:
Der SPD-Distrikt Erlangen-West hat sich intensiv mit der Studie „Energetische Stadtsanierung Büchenbach-Nord“ beschäftigt. Die Autorin dieser Studie im Auftrag von GeWoBau und Stadtplanungsreferat hat ihre Überlegungen im Rahmen der Juni-Versammlung des Distrikts vorgetragen.

Der Distrikt bedauert, dass seitens der Auftraggeber die zugehörige Teilstudie zur Akzeptanz von konkreter Verdichtung nicht durchgeführt wurde. Sie sollte nachgeholt werden. Aus der Sicht des Distrikts ist dieses für die Beurteilung des Vorhabens zentral, weil aus folgenden Überlegungen heraus, keine Chance für eine Akzeptanz durch die Bürgerinnen und Bürger im Bereich Würzburger Ring/Büchenbach-Nord gegeben ist.

- Die geplante totale (flächenabdeckende) Bebauung des Bereichs Würzburger Ring führte 1974/1975 zur Gründung der Bürgerinitiative Würzburger Ring, die mit viel Engagement gegen das Vorhaben agierte. Mitte Juli 1975 sorgte OB Dietmar Hahlweg dafür, dass wesentliche Teile des Innenraums des Würzburger Rings nicht bebaut wurden.
- Trotz der reduzierten aber dennoch großen Dichte der Bebauung gab es über lange Jahre im Bereich des Würzburger Rings erhebliche soziale Spannungen. Erst im Laufe der letzten 10 Jahre entwickelte sich aus dem Problembereich Würzburger Ring ein überwiegend friedlicher und problemarmer Ortsteil. Das schlechte Image dieses Ortsteils hat sich entsprechend allmählich vermindert. Es dürfte in Erlangen kaum andere ähnlich intensiv durch die Anwohner genutzte Freiflächen wie im Innenbereich des Würzburger Rings geben.
- Durch die angedachte Verdichtung

im Bereich des Würzburger Rings würde das in langen Jahren entwickelte soziale Leben nachhaltig gefährdet, wahrscheinlich sogar teilweise zerstört.

- Eine Verdichtung im Bereich Würzburger Ring dürfte auch aus einem weiteren Grund kaum akzeptiert werden: Es ist nicht nachvollziehbar, dass ein Bereich, der bereits jetzt sehr dicht besiedelt ist (Einwohner je Fläche) noch weiter verdichtet werden soll, wo doch ansonsten dem Ziel „verdichtetes Bauen“ im Bereich der Stadtverwaltung ein absolut nachrangiger Stellenwert in der konkreten Bebauungsplanung eingeräumt wird (im Stadtwesten immer mehr Reihenhäuser, immer mehr Einfamilienhäuser).
- Der Distrikt hält darüber hinaus die geplante Bebauung am Ost-Nordostrand des Würzburger Rings für außerordentlich problematisch, Die Grünachse im Bereich „Steinforstgraben“ muss erhalten bleiben. Nach dessen Renaturierung entwickelte sich dort ein Biotop, dass zugleich zu einem Schutzschirm vor den stark befahrenen Straßen „Adenauer Ring Nordast“ und „Am Europakanal“ wurde. Die seitens der Stadtplanung angelegte Ost-West-Grünachse/ Belüftungsachse würde dadurch in einem wichtigen Bereich unterbrochen. Ein großer Teil der Fläche, die für eine potenzielle Bebauung seitens der Stadtplanung vorgesehen ist, ist darüber hinaus nicht für Bebauung geeignet. Die Stadtplanung hat übersehen, dass dort ein über 1500m^2 großes Regenrückhaltebecken existiert. Durch die individualrechtlich einzelnen Wohnungen zugeordneten Parkplätze auf der Ostseite des Würzburger Rings wäre eine Erschließung über den Würzburger Rings außerdem kaum realisierbar..

Was steckt hinter dem Begriff „Verdichtung? Verdichtung ist im Moment ein schillernder Begriff in der Diskussion über Stadtplanung und Stadtentwicklung.

1. Klassisch bedeutet Verdichtung, dass bestehende Baulücken durch Bebau-

direkt GIRO

Das kostenlose* 0,-nlinebanking-Konto für Privatkunden mit persönlicher Beratung und Service.

Stiftung Warentest
Finanztest
Kostenloses Girokonto ohne Bedingungen
direkt GIRO
Im Test: 1.610 befragte deutsche Banken
73 mit kostenlosem Konto nach den Kriterien von Finanztest
Ausgabe 2/2012

Sparkasse Erlangen
Sicher. Stabil. Verlässlich.

*Das „direkt GIRO“ ist das kostenlose Online-Girokonto der Sparkasse Erlangen nur für Privatkunden: kein Grundpreis, kein Durchschnittsguthaben, kein Mindesteingang, keine Buchungspostenentgelte. Kostenlos in Deutschland Geld abheben an über 25.000 Geldautomaten der Sparkassenorganisation. Sämtliche Arbeiten zur Kontoumstellung erledigen wir gerne für Sie. Fragen Sie jetzt unsere Berater nach dem „direkt GIRO“ und unserem Finanzcheck. Weitere Informationen auch per Telefon: 09131 824-500 (Mo. - Fr. jeweils von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr) oder unter **www.sparkasse-erlangen.de**

ung geschlossen werden. (vernünftig)
2. Dazu gehört auch, dass bei großen Grundstücken, die nur durch ein Haus bebaut werden dürfen, ein zweites oder auch ein drittes Bauwerk gestattet wird. Derjenige, der auf einen Teil seines großen Grundstücks verzichtet, wird dann in der Regel dafür finanziell fürstlich belohnt. (vernünftig)
3. Ein Gebiet wurde dicht bebaut. Freiflächen, die wegen ihrer Rolle für Lebensqualität und Wohnungsqualität unbebaut blieben, sollen jetzt zusätzlich bebaut werden. Dies mindert Lebens- und Wohnqualität der vorhandenen Bewohner drastisch, sorgt aber für eine hohe Rendite für die Bauherren.

Fazit:. Ein wenig mehr Verdichtung als bisher geplant in den bisher noch nicht bebauten Gebieten im Stadtwesten führt zum gleich großen Wohnungsangebot wie durch Verdichtung im Bereich Würzburger Ring und sichert Wohn- und Lebensqualität für diejenigen, denen man sie jetzt nehmen will."

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
hartmut.wiechert@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
zum nächsten Termin lädt der Vorstand der AG 60plus herzlich ein und freut sich auf euer Kommen:

Mittwoch, 18. September, 15 Uhr, August-Bebel-Haus

Tagesordnung
1. Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
2. Aktuelles
3. Diskussion des Wahlergebnis in Bayern
4. Wie unterstützt 60plus die Kommunalwahl in Erlangen?
5. Verschiedenes

Im Namen des Vorstands.
Hartmut Wiechert

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 17. Juli

Top 1: Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Der Vorsitzende Hartmut Wiechert begrüßt die Anwesenden, insbesondere die zur Stadtratswahlen aufgestellten Damen Dr. Anette Christian und Sandra Radue. Die Tagesordnung und das Protokoll der letzten Sitzung werden genehmigt.

Top 2: Aktuelles
Die beiden Kandidatinnen für die nächste Kommunalwahl stellen sich kurz vor. Dr. Anette Christian ist Allgemeinärztin und hat eine eigene Praxis in Erlangen. Sandra Radue ist bekannt als Mitglied im Kreisvorstand.

Top 3: Altengerechtes Wohnen in Erlangen
Silke Zieten hat über den Besuch bei einer allein lebenden Frau in deren behinderten gerechten Wohnung einen ausführlichen Bericht geschrieben, der im nächsten Monatsspiegel abgedruckt werden soll (siehe Seite 10).

Top 4: Seniorenarbeit der letzten zwanzig Jahre
Hartmut zählt aus den Protokollen der letzten zwanzig Jahre auf, welche Themen die AG 60 plus behandelt hat. Es sind über diesen Zeitraum fast immer die gleichen für Senioren wichtigen Themen, wie Wohnen, Gesundheit, Pflegeversicherung, demografischer Wandel, Bürgerversicherung, Friedensarbeit usw.

Wir konnten feststellen, dass sich Vieles nur in kleinen Schritten geändert hat. Es bleibt also noch genug zu tun, um die Lage zu verbessern.

Top 5: Verschiedenes
Helga bestätigt, dass der Seniorenbeirat, der seit 1974 besteht sich mit den o.g. Themen ebenfalls befasst hat. Es ist manches erreicht worden, doch es ist noch viel zu tun. Helga schlägt vor, Wolfgang Vogel einzuladen, um mit ihm über Stadtentwicklung zu sprechen, da z.Zt. auch in Erlangen nicht genügend bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. Sie macht außerdem auf eine Veranstaltung des Seniorenbeirats aufmerksam und bittet um rege Teilnahme: Freitag, 20. bis 21. September ab 13.00 Uhr mit einem umfangreichen Programm zum Thema „Leben mit Demenz".

Ruth Sych